

Sieh nur, sieh! wie behend sich die Menge  
Durch die Gärten und Felder zerschlägt,  
Wie der Fluß in Breit' und Länge  
So manchen lustigen Nachen bewegt;  
Und bis zum Sinken überladen  
Entfernt sich dieser letzte Kahn.  
Selbst von des Berges fernen Pfaden  
Blinken uns farbige Kleider an.  
Ich höre schon des Dorfs Getümmel;  
Hier ist des Volkes wahrer Himmel,  
Zufrieden jauchzet groß und klein:  
*Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein.*“

Ein solcher Geist, dem es Ernst war mit dem, was er aussprach, dem die Kunst nicht trügerisches Gaukelspiel, nicht feige Beschwichtigung für die Leiden der Menschheit war, sondern ein machtvolles Mittel zur Veränderung des Bestehenden, mußte den Haß aller derjenigen heraufbeschwören, die sich mit Zähnen und Klauen an das Bestehende klammern. Die Mucker haben ihn als heidnisch verschrien, die Philister als unmoralisch, die Deutschtümler als unpatriotisch, die Liberalen als konservativ und die Konservativen als revolutionär. Als sie erkannten, daß sie vergeblich an seiner Größe rüttelten, da suchten sie ihn auf die Ebene ihrer eigenen Kleinlichkeit herabzuzerren und seinem Werk die Zähne auszubrechen. Was ihnen aber allen nicht gelang: den lebendigen, fortwirkenden Geist seines Werkes im Bewußtsein der deutschen Nation abzutöten, ohne den das gesellschaftliche Gewissen allzu leicht zu erlahmen droht, einer Macht ist es gelungen. Das müssen wir in dieser Stunde und von dieser Stelle ganz unmißverständlich aussprechen: der Macht des Kapitals und seiner dämonischsten Fleischwerdung auf dem Boden unseres Vaterlandes, dem Faschismus ist es gelungen, das Gewissen zu erwürgen.

Goethe selbst hat die Drohung, die in der Unterwerfung unseres Lebens unter die Allmacht des Geldes für den Bestand von Kunst und Kultur enthalten war, frühzeitig erkannt.

„Kluge Fabrikanten und Unternehmer“, so schreibt er bereits 1798, „haben die Künstler in ihren Sold genommen und die eher befriedigten als unterrichteten Liebhaber in Abhängigkeit gesetzt. Man hat die aufkeimende Neigung des Publikums durch eine scheinbare Befriedigung abgeleitet und zugrunde gerichtet.“

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die den Wert einer Schöpfung nur danach bemißt, ob sie eine Ware für sie ist, die Pfund und Dollar bringt, hat auch die Kunst zu einem Gegenstand des Schachers gemacht und den Künstler zu ihrem bezahlten Lohnarbeiter. Denn da sie sich nicht vorstellen kann, daß es etwas gäbe, was für Geld nicht käuflich sei, hat sie auch Talent und Genie, Geist und Gesinnung zu einer käuflichen Ware gemacht und damit Gesinnungslosigkeit und Mittelmäßigkeit zum höchsten Maßstab ihrer Bewertung proklamiert. Damit aber hat sie Kunst und Poesie den Todesstoß versetzt. Je mehr die Macht des Geldes zugenommen hat über die Menschen, über ihr Sinnen und Trachten, desto mehr ist echtes Künstlertum identisch geworden mit Todfeindschaft gegen diese Zerstörung aller höheren Regungen im menschlichen Herzen, denn das Wesen aller echten Kunst ist die Erschütterung der Gewissen.

„Edel sei der Mensch,  
Hilfreich und gut!  
Denn das allein  
Unterscheidet ihn  
Von allen Wesen,  
Die wir kennen.“

Millionen Menschen hat die Verteidigung dieser hohen Botschaft Goethes das Leben gekostet. Mitten im Herzen des Volkes, in dessen Sprache diese Worte geboren wurden, jawohl, mitten im Herzen des Goethe-Volkes erstand dem Dichter dieser Botschaft der grausamste Feind: der Faschismus. Mit Feuer und Schwert, mit Galgen und Richtbeil rottete er alles aus, was sich seinem Verbrechen des Völker- und Rassenhasses, was sich dem Herrschaftsanspruch seiner kulturfeindlichen Gewalt mit Leib und

Leben entgegenstellte, denn die Herrschaft der Gewissenlosigkeit kann nur dort noch bestehen, wo das Gewissen schweigt. Wie für den menscheitsfeindlichen Faschismus geschrieben, erhebt sich seherisch Goethes Wort:

„Doch was dem Abgrund kühn entstiegen,  
Kann durch ein ehernes Geschick  
Den halben Erdkreis übersiegen,  
Zum Abgrund muß es *doch* zurück.“

Es gehört nicht zum geringsten Teil unserer nationalen Tragödie, daß wir Deutschen die Waffen mißachtet haben, die für unseren nationalen Aufstieg und für unseren Widerstand gegen die Unmenschlichkeit in dem Werk unserer Klassik verborgen lagen, und diese Mißachtung unserer eigenen großen Vergangenheit muß uns heute um so schmerzlicher berühren, als andere Völker, die nicht die Sprache Goethes sprechen, von einer größeren Hochachtung für sein Werk beseelt waren als unser eigenes Volk. Zur gleichen Zeit, da der Geist Lessings und Goethes in unserem Vaterland mit Füßen getreten wurde, zur gleichen Zeit, da deutsche Soldaten das Sowjetland zerstampften und in ein Meer von Brand und Blut tauchten, wurde in Baku Goethes „Egmont“ gespielt und wurden in Moskau die „Leiden des jungen Werther“ neu herausgegeben.

Die Ordnung, die in die Arena der Weltgeschichte eintrat mit dem Anspruch, das Zeitalter der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit heraufzuführen, endet in der Ausrottung der Freiheit, in dem Triumph der schreiendsten Ungleichheit, im Völker- und Rassenhaß, in einer ununterbrochenen Kette von Kolonial- und Eroberungskriegen, in der Auslöschung der nationalen Kultur ganzer Völker. Die Proklamierung des Völker- und Rassenhasses zum obersten Grundsatz der Politik wurde zur ungeheuerlichsten Beleidigung, die jemals dem Geist unserer Klassik und der Ehre unserer Nation zugefügt wurde. Es ist aber zugleich das sichtbare Zeichen, daß die Uhr abgelaufen ist für diese „Ordnung“.

Goethe war ein unversöhnlicher Feind jeder Form des National-

hasses. Mit der größten Anteilnahme verfolgte er sein ganzes Leben hindurch die Volkspoese anderer Nationen. Allen Nationen stand sein gastliches Haus offen, Franzosen und Schweizern, Engländern und Italienern, Russen, Polen und Dänen. Als man Goethe vorwarf, daß er während der Befreiungskriege keine Haßgesänge gegen die Franzosen geschrieben habe, antwortete er stolz:

„Wie hätte ich nun Lieder des Hasses schreiben können ohne Haß! Und unter uns: Ich haßte die Franzosen nicht, wiewohl ich Gott dankte, als wir sie loswurden. Wie hätte ich auch, dem nur Kultur und Barbarei Dinge von Bedeutung sind, eine Nation hassen können, die zu den kultiviertesten der Erde gehört und der ich einen großen Teil meiner eigenen Bildung verdankte! Überhaupt ist es mit dem Nationalhaß ein eigenes Ding. Auf den *untersten* Stufen der Kultur werden Sie ihn immer am stärksten und heftigsten finden. Es gibt aber eine Stufe, wo er ganz verschwindet und wo man gewissermaßen über den Nationen steht und man ein Glück oder ein Wehe seines Nachbarvolkes empfindet, als wäre es dem eigenen begegnet. Diese Kulturstufe war meiner Natur gemäß, und ich hatte mich darin lange befestigt, ehe ich mein 60. Jahr erreicht hatte.“

Einem solchen stolzen Geist war der Rassenhaß ebenso unwürdig eines Kulturmenschen wie der Nationalhaß. Als höchste Offenbarung philosophischer Weisheit galt ihm zeit seines Lebens das Werk des jüdischen Philosophen Baruch Spinoza, und ein Jude war es, der ihn als erster in die Welt Beethovens einführte: Felix Mendelssohn-Bartholdy. Als Goethe noch Direktor des Weimarer Nationaltheaters war, verbot er zornig die Verspottung der Juden auf der Bühne mit den Worten:

„Es ist schändlich, eine Nation, die so ausgezeichnete Talente in Kunst und Wissenschaft aufzuweisen hat, gleichsam an den Pranger zu stellen.“

Die Macht, die dem Abgrund entstieg, um die ganze Welt ihrem barbarischen Wahnsinn zu unterwerfen, ist in den Abgrund zurückgeschleudert worden, wo sie hingehört. Der deutsche

Faschismus wurde zerschmettert. Dafür zu sorgen, daß er nie wiederkehre, ist eure Aufgabe.

Wir wissen sehr gut, daß Goethe ein Mensch war mit allen Schwächen und Widersprüchen seines Jahrhunderts, aber ebenso gut wissen wir, daß mit der Auslöschung der nationalen Kultur Deutschlands für immer das Licht erlöschen würde, das Goethe in seinem „Faust“ entzündete. Mögen diejenigen die Verantwortung für solch ein Verbrechen übernehmen, denen die Zukunft der Menschheit gleichbedeutend ist mit ihrer eigenen kleinen Person und mit ihrer eigenen unersättlichen Machtgier. Wir sind nicht bereit dazu. Wir haben an der zwölfjährigen Barbarei eines einzigen Hitler genug, wir brauchen und wir wollen keinen neuen. Wir wissen aber auch, daß das Leben stärker ist als der Tod und die Macht der Völker größer als die Macht des Goldes. Heute wie vor 300 Jahren nach der Katastrophe von Münster und Osnabrück, heute wie vor 250 Jahren, als das erste Morgenrot der geistigen Erneuerung unserer Nation aufblitzte, heute wie vor hundert Jahren, da der erste revolutionäre Einigungsversuch der Nation in sich zusammenbrach, steht der Bestand unserer Nation auf der Tagesordnung der Geschichte. Mit dem Bestehen dieser Bewährungsprobe, liebe junge Freunde, steht und fällt die Zukunft unseres Volkes, und diese Zukunft seid ihr, die deutsche Jugend in allen Zonen unseres zerrissenen Vaterlandes.

1813 konnte Goethe noch mit einem gewissen Recht erklären, das Schicksal der Deutschen sei noch nicht erfüllt. Aber Goethe war sich auch im klaren, daß der Zeitpunkt seiner Erfüllung kommen müsse, so oder so, denn er wußte, daß die Einigung Deutschlands und die Beseitigung seiner politischen Zerrissenheit die unerläßliche Vorbedingung für den Aufstieg der Nation sei. Erlebt hat er ihn nicht, und oft genug ist er erbitterter Resignation erlegen über die Unfähigkeit seines Volkes, sich aus eigener Kraft zu seiner nationalen Einigung aufzuraffen.

„Ich habe einen bitteren Schmerz empfunden bei dem Gedanken an das deutsche Volk“, sagte er, „das so achtbar im einzelnen und so miserabel im ganzen ist. Eine Vergleichung des deutschen

Volkes mit anderen Völkern erregt in uns peinliche Gefühle, über welche ich auf jegliche Weise hinwegzukommen suche.“

Aber obwohl Goethe genau wußte, daß das deutsche Volk verurteilt war, der Paria der Geschichte zu bleiben, solange es nicht seine Einigung vollzog, hat er doch erklärt, er wolle die Umwälzungen nicht wünschen, die für den geistigen und moralischen Aufstieg Deutschlands notwendig seien. Hier irrt Goethe! Hier ist er ein Kind der bürgerlichen Klasse, die in Deutschland in allen entscheidenden Momenten der Geschichte vor der Kraft des Volkes zurückschreckte und der Lösung unserer nationalen Frage aus dem Wege ging. Wir aber erklären ganz offen: Wir wünschen diese Umwälzungen, die notwendig sind, um aus Deutschland eine ungeteilte einige Republik und aus dem deutschen Volke eine friedliebende, demokratische und souveräne Nation zu machen. Wir wünschen das nicht nur, sondern wir sind entschlossen, dafür mit allen demokratischen Mitteln zu kämpfen. Darum rufen wir der deutschen Jugend zu, nicht Amboß, sondern Hammer zu sein. Wir wissen aus einer mehr als hundertjährigen Geschichte, daß der fehlende ernsthafte Wille des deutschen Bürgertums zum politischen Handeln die Ursache aller geschichtlichen Enttäuschungen des deutschen Volkes ist, und wir sind der festen Überzeugung, daß unsere heutige deutsche Jugend in dem kühnen und gerechten Werk der nationalen Einigung Deutschlands an der Spitze stehen wird. Auch Goethe teilte in dieser entscheidenden Frage des deutschen Volkes die Schwäche seiner Klasse. Dennoch aber gehen die starken Wurzeln der Kräfte, aus denen sein Werk erwuchs, *in* die Nation, *für* die Nation, *über* die Nation hinaus bis tief in die Familie aller Völker hinein. Er war keinesfalls ein wurzelloser Kosmopolit. Wer ihn heute unter dem Firmenschild „Weltbürgertum“ bei der Bildung eines westeuropäischen Staatenblockes, der dem Kapital dienen soll, für sich in Anspruch nehmen will, *mißbraucht* ihn und beschmutzt seinen großen Namen als Träger unserer einheitlichen nationalen Kultur. Indem Goethe in unsere Muttersprache den ganzen Gehalt der weltgeschichtlichen Auseinandersetzung seiner Epoche hineinlegte, durch die unsere Nation,

ob sie nun wollte oder nicht, hindurchgehen mußte, erhob er unsere Nation aus dem Dämmerlicht der Geschichtslosigkeit in den Rang einer Weltnation. Damit gab er uns Deutschen erst recht eigentlich das Bewußtsein unserer nationalen Verantwortung gegenüber der Menschheit.

Im Spiegel seiner universalen Schöpfung haben wir Deutsche erst in ihrer ganzen Tragweite begriffen, wer wir sind und welche Pflicht die Geschichte uns vor unserem Volke auferlegt hat, nachdem unsere nationale Zusammengehörigkeit uns heute geraubt wird. In Goethe fand unsere Nation endlich nach langem Suchen und nach langer Wirrnis jenen geistigen Mittelpunkt, der jeden als Volksfeind kennzeichnet, der sich ihm zu entziehen sucht. In Goethe erreichte die deutsche Nation den ihr gemäßen Ausdruck ihres modernen nationalen Selbstbewußtseins. Dieser unverlierbare Kern unserer nationalen Kultur hat sich uns Deutschen trotz aller schmachvollen Wellentäler unserer Geschichte unauslöschlich in das Bewußtsein eingegraben, und von niemand werden wir uns ihn jemals wieder rauben lassen, unter welchem Feldgeschrei immer man sich seiner auch zu bemächtigen sucht. Das Jahr 1648 kehrt in unserer Geschichte *nicht* mehr wieder, denn das deutsche Volk von 1949 ist nicht mehr das Volk von 1648. 300 Jahre Qual und Leiden sind nicht spurlos an ihm vorübergegangen. Nein, das Jahr 1648 kehrt in unserer Geschichte nicht mehr wieder! Für uns, junge Freunde, gibt es nicht einen Weimarer und einen Frankfurter Goethe. Für uns gibt es nur einen Goethe, und der gehört dem ganzen deutschen Volke. Und sowenig es für uns einen Weimarer und einen Frankfurter Goethe gibt, sowenig gibt es für uns ein Weimarer und ein Frankfurter Deutschland. *Für uns gibt es nur ein Deutschland, denn es gibt nur ein deutsches Volk.*

Du, deutsche Jugend, mußt steigen oder sinken. Du mußt herrschen über die dunklen Kräfte, die dich in der Vergangenheit mißbraucht und von Katastrophe zu Katastrophe geführt haben. Du mußt gewinnen deine Freiheit, deine Zukunft, deine Unabhängigkeit und deinen Frieden. Wenn du, deutsche Jugend, dich nicht aufraffst zur friedlichen Erneuerung des Lebens, dann mußt du

denen dienen, die in der Vergangenheit deine Väter mißleitet haben und die heute dich mißleiten möchten. Du mußt leiden oder triumphieren. Du mußt leiden, wenn du tatenlos beiseite stehst, du wirst triumphieren über Kummer und Not des Lebens, wenn sich deine Köpfe und deine Hände rühren zu friedlichem und fortschrittlichem Aufbauwerk für dein Volk und dein Vaterland. Einen Mittelweg gibt es nicht. Du darfst nicht Amboß, sondern du mußt Hammer sein!



## Der Deutsche Volksrat im Kampf um die Zukunft Deutschlands

*April 1949*

Der Einfluß der 6. Tagung des Deutschen Volksrates vom 18. und 19. März dieses Jahres auf die politische Öffentlichkeit Deutschlands und auf das Bewußtsein unseres Volkes war stärker und nachhaltiger als der früherer Tagungen. Die Gründe dafür lagen sowohl bei den zur Beratung stehenden Punkten der Tagesordnung wie auch bei dem Zeitpunkt ihrer Beratung. Die beiden Kernprobleme der gesamten Volkskongreßbewegung, die Forderungen nach der Einheit Deutschlands und einem gerechten Frieden, standen zwar äußerlich voneinander getrennt zur Behandlung, sie bildeten jedoch in ihrer vielfachen Verflechtung und Überschneidung eine untrennbare Einheit. Zeitlich erhielt die Tagung ihre besondere Bedeutung dadurch, daß sie mitten in die Pläne der westlichen Alliierten und mitten in den Arbeitsplan des „Parlamentarischen Rates“ in Bonn, der unter dem Druck der Westmächte steht, hineingriff.

Das Bewußtsein des Ernstes und der Würde, die sich aus der Aufgabenstellung und aus ihrem Zeitpunkt ergaben, beherrschten darum die Tagung von der ersten bis zur letzten Minute. Dem ernststen Beobachter konnte es nicht verborgen bleiben, daß die Erfahrungen und das Wachstum der gemeinsamen Arbeit in der Blockpolitik und der Volkskongreßbewegung ihre ersten wirklichen Früchte im Kampf um die Lebensfragen unseres Volkes erkennbar werden lassen. Unverkennbar ist nach eingehenden Beratungen, trotz vorhandener Interessengegensätze, in den Ausschüssen der entschlossene Wille aller Parteien und beteiligten

Organisationen, zur Überwindung des nationalen Notstandes eine nationale Selbsthilfe zu entwickeln. Das wird nur gelingen, wenn alle Beteiligten entschlossen sind, die Selbstdisziplin und die Selbsterziehung durch den Abbau des ungesunden Organisationsegoismus so weit zu entwickeln, wie es ohne Aufgabe der berechtigten Eigenständigkeit der Parteien und Organisationen geschehen kann. Und das ist nicht wenig. Wenn ernste sachliche Verantwortung und persönliche Achtung zugrunde liegen, entwickelt sich eine wirkliche Toleranz, die zur Erfüllung gemeinsamer Aufgaben notwendig ist.

Hier ist der Deutsche Volksrat den Absichten der von ihm beschlossenen Verfassung über die Bedeutung und Arbeitsweise eines neuen demokratischen Parlaments bereits praktisch vorausgeeilt. Was dort geplant ist für den Arbeitsstil eines neuen Parlaments einer deutschen demokratischen Republik, ist im Deutschen Volksrat bereits Wirklichkeit geworden – Wirklichkeit aus ernster Verantwortung für das Ganze. Hier wird nicht *gegeneinander*, sondern *zueinander* gesprochen, hier gibt es keine Kulissen, keine Schiebung und keinen Schacher mehr. Wer scharf sehen und hell hören kann, der hat bei der 6. Tagung des Volksrates gesehen und gehört, daß hier ein Parlament arbeitet, bei dem aus tiefer Sorge um Volk und Land der Wille besteht, die höchstmögliche Gemeinsamkeit unter weitgehender Zurückstellung von Sonderinteressen zu erreichen, um dem Fortschritt und dem Frieden zu dienen. Das ist etwas Neues in einem Teile Deutschlands, dessen Übertragung auf ganz Deutschland der Zukunft unserer Nation in höchstem Maße dienlich sein könnte.

Es ist der Einsicht der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland zu danken, daß wenigstens in einem Teile Deutschlands die Möglichkeit geboten wurde, diesen neuen Arbeitsstil eines kommenden deutschen Gesamtparlaments unbehindert im Deutschen Volksrat zu entwickeln. Im Westen Deutschlands schießt unter den hemmenden Einflüssen der westlichen Alliierten ein Parlamentarismus ins Kraut, der den Verhältnissen der Weimarer Republik gleicht wie ein Ei dem anderen. Im Konkurrenz-

kampf der Parteien sehen wir, wie die verhängnisvollen Spielregeln einer versunkenen Periode wieder aufleben, wie die Parteien sich gegenseitig zu überspielen suchen und jenes System sich entwickelt, das es den Nazis vor 1933 so leicht machte, das Parlament vor dem Volke als „Schwatzbude“ verächtlich zu machen. Nur daraus ist es zu erklären, daß sich die Arbeit des „Parlamentarischen Rates“ in Bonn von der Teilnahme des Volkes losgelöst hat und im luftleeren Raum vollzieht.

Die Aufforderung des Volksrates, mit Vertretern des „Parlamentarischen Rates“ und des Wirtschaftsrates in Braunschweig zur Behandlung gesamtdeutscher Fragen zusammenzutreten, hat die Gemüter der politischen Öffentlichkeit in Westdeutschland mehr erregt und in Bewegung gesetzt als die gesamte bisherige Arbeit des „Parlamentarischen Rates“. Wir wissen natürlich, daß diese Tatsache nicht zuletzt auch das Ergebnis der westalliierten Politik ist, die die Entwicklung eines volksnahen und volksverbundenen Parlaments absichtlich unterbunden hat, um so den Nachweis der angeblichen politischen Unreife des deutschen Volkes zu erbringen. Dieses Nachweises bedürfen die westlichen Alliierten zur Rechtfertigung ihrer Bevormundung der westdeutschen Politiker durch „Empfehlungen, Einsprüche und Anweisungen“ der Militärregierungen. Sie wollen die „politische Unreife des deutschen Volkes“ gar nicht beseitigen. Im Gegenteil, sie züchten sie künstlich, um ungestört und ungehindert ihre dunklen Pläne zur Kolonisierung Deutschlands durchzuführen. Dabei ist eine einheitliche deutsche Willensäußerung für die westlichen Alliierten in höchstem Maße unerwünscht. Darum soll sie verhindert werden. Will man dem deutschen Volke auch im Westen unseres Vaterlandes eine freie demokratische Entwicklung zur Überwindung der angeblichen „politischen Unreife“ gewähren, dann sollte man ihm die Freiheit dazu geben. Von Immanuel Kant stammt das Wort:

„Ich gestehe, daß ich mich in dem Ausdruck nicht wohl fühlen kann: ein gewisses Volk ist zur Freiheit nicht reif... Nach einer solchen Voraussetzung wird die Freiheit nie eintreten; denn man kann zu dieser nicht reifen, wenn man zuvor nicht in Freiheit gesetzt worden ist.“

Der Deutsche Volksrat hat seinen einstimmigen Beschluß zur Herbeiführung einer gemeinsamen Beratung mit den Vertretern des „Parlamentarischen Rates“ in Bonn und des Wirtschaftsrates in Frankfurt ohne eine fremde „Empfehlung“ und ohne einen „Auftrag“ gefaßt. Es gibt nur einen Auftrag für uns, und das ist der Auftrag des gesamten deutschen Volkes, der nationale Auftrag, der Stimme unseres Volkes zu folgen. Aus dieser nationalen Verpflichtung und Verantwortung heraus hat der Deutsche Volksrat seine einstimmigen Beschlüsse für den Frieden und über den Entwurf einer Verfassung fundiert. Wenn man im Westen unseres Vaterlandes aus den gleichen Motiven heraus handeln würde, gäbe es keinen entscheidenden Grund, das Treffen in Braunschweig zu verhindern. Wenn dagegen die Macht der westlichen Militärregierungen es verhindert, daß Deutsche mit Deutschen sprechen, so mögen die Politiker im Westen darüber nachdenken, welche Rolle zu spielen ihnen zugemutet wird. Die ausgestreckte Hand des Volksrates ist ehrlich und sauber. Nicht eines der 400 Mitglieder des Volksrates denkt jetzt oder später an ein „Manöver“ oder an ein „abgekartetes Spiel“.

Ist es ein „Manöver“, wenn wir wünschen, in der gefahrvollsten Stunde Deutschlands zur Verhinderung seiner endgültigen Zerreißung gemeinsam mit allen verantwortlichen Männern und Frauen Deutschlands die Stimme für unsere Einheit und für den Austausch unserer eigenen Rohstoffe und Arbeitserzeugnisse zu erheben?

Ist es ein „abgekartetes Spiel“, wenn wir gemeinsam unsere Stimme für ganz Deutschland erheben wollen, damit uns endlich, nahezu vier Jahre nach Beendigung des Krieges, der Friede gegeben werde, damit Deutschland aus dem unerträglichen permanenten Kriegszustand herauskommt?

Es ist ein völlig untragbarer Zustand, wenn deutsche Vertreter des politischen Lebens im Westen Deutschlands bereit sind, mit Vertretern ausländischer Militärregierungen zu verhandeln, um gleichzeitig Besprechungen mit ihren eigenen Landsleuten abzulehnen.

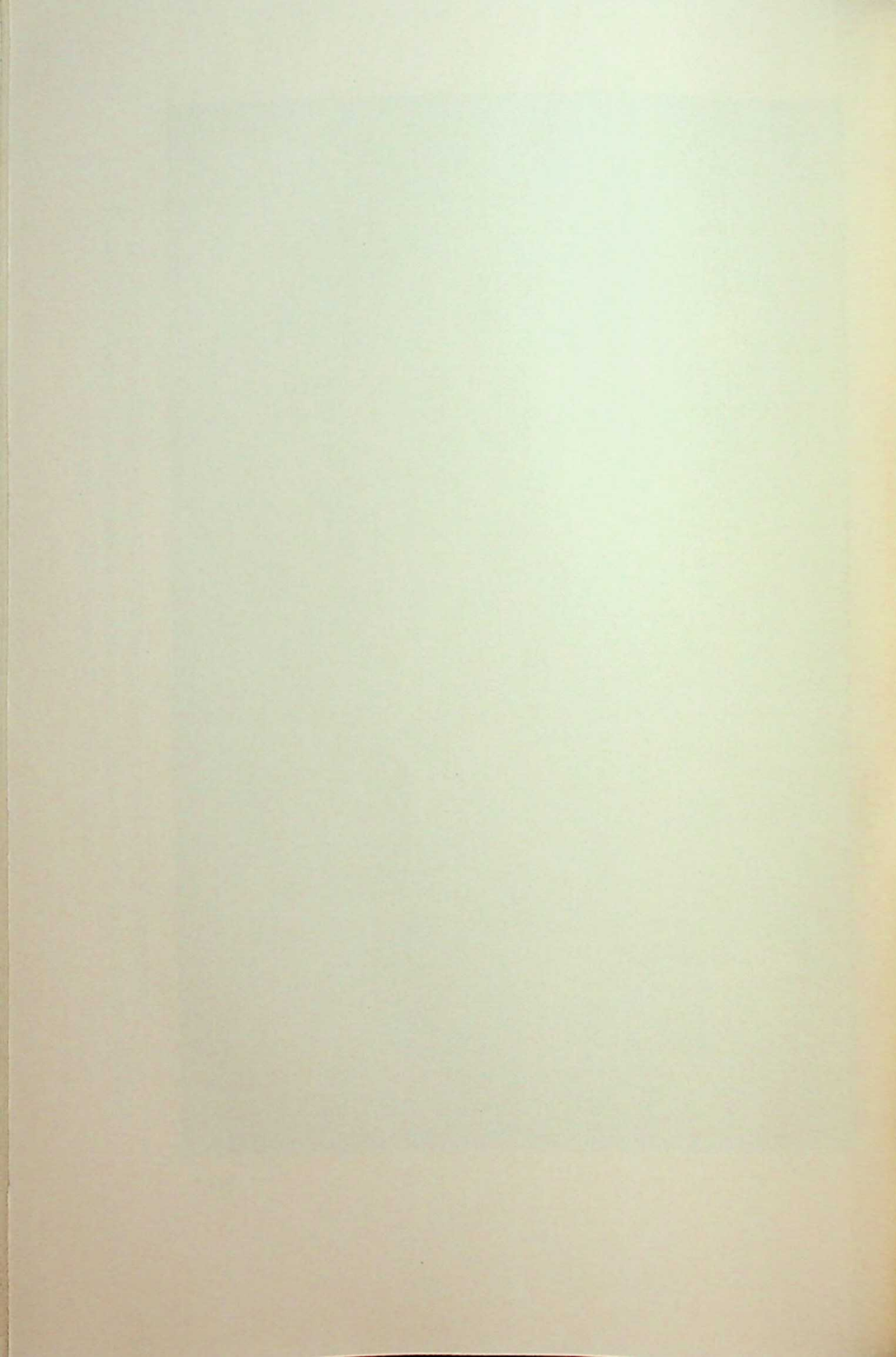
Nach diesem ersten Schritt der nationalen Selbsthilfe beschäftigte sich der Deutsche Volksrat eingehend mit der für das deutsche Volk gegenwärtig geschaffenen politischen Situation. Die Zerreißung seines eigenen Vaterlandes vor Augen, erlebt das deutsche Volk mit Schrecken das Anwachsen einer offenen Kriegshetze und die immer umfangreicher werdende Kriegsrüstung der westlichen Besatzungsmächte, bei der man bestrebt ist, deutsche Menschen als Kanonenfutter für westliche imperialistische Interessen zu verpflichten.

Trotz des großzügigen Angebotes Stalins, sich mit Truman zur Herbeiführung einer gemeinsamen Friedenserklärung zu treffen, trotz seiner Bereitwilligkeit zu gemeinsamen Verhandlungen über die Durchführung einer allgemeinen Abrüstung und des Verbots der Atomwaffe, sehen wir auf der Gegenseite eisiges Schweigen und Ablehnung. Ja, im Gegenteil, die westliche Welt errichtet ein militärisches Bündnissystem, das geeignet ist, den Frieden der Welt weiter zu gefährden. Die Einsetzung eines gemeinsamen Generalstabes, das militärische Bündnis von Brüssel und der Atlantikpakt zeigen, wohin die Reise gehen soll. Dazu befinden sich noch ein Mittelmeerpakt und ein Fernostpakt in Vorbereitung. Die militärische, politische und wirtschaftliche Spaltung der Welt in zwei Lager bedroht unmittelbar den Frieden.

In der Linie dieser Kriegspolitik und der imperialistischen Expansion liegt die planmäßige Aufspaltung Deutschlands. Der Volksrat hat in seinen Verhandlungen den Finger in diese schwärenden Wunden Europas gelegt und darauf hingewiesen, daß mit der Einführung der separaten Währung in Westdeutschland und der Lahmlegung des innerdeutschen Handels gleichzeitig auch die Grundlage unserer wirtschaftlichen Einheit zerstört wird. Das Ruhrstatut ist tatsächlich nichts anderes als die koloniale Verklavung Deutschlands. Die Sicherheitsbehörde und das Besatzungsstatut bringen eine unbefristete Besetzung Deutschlands und die Niederhaltung der deutschen Wirtschaft durch die kapitalistische Konkurrenz der Westmächte. Das Bonner Grundgesetz des „Parlamentarischen Rates“ ist keine deutsche Angelegenheit und



Armeegeneral W. I. Tschuikow empfängt das Präsidium der provisorischen Volkskammer  
und Ministerpräsidenten Otto Grotewohl in Anwesenheit des Außerordentlichen Botschafters der Sowjetunion  
in Deutschland, W. S. Semjonow. 10. Oktober 1949.



noch weniger eine deutsche Verfassung, sondern ein nacktes Diktat der alliierten Westmächte zur Verwirklichung ihrer friedensfeindlichen Politik.

Mit dieser Deutschland vernichtenden Politik haben die Westmächte den nationalen Notstand für das deutsche Volk heraufbeschworen. Der Deutsche Volksrat hat darum in seiner 6. Tagung alle Deutschen aufgerufen, dem nationalen Notstand mit dem Recht der nationalen Selbsthilfe zu begegnen und Selbstbestimmung, Selbstregierung und Selbsterhaltung zu fordern. Die nationale Selbsthilfe heißt im gegenwärtigen Augenblick nichts anderes als durch eine nationale Volksbewegung die dem deutschen Volke aus dem Potsdamer Abkommen zugestandenen Rechte zu fordern und zu verteidigen. Nationale Selbsthilfe heißt die unerbittliche Führung des Kampfes gegen die Londoner Beschlüsse auf Zerreißung Deutschlands, gegen das Besatzungsstatut und die unbefristete Besetzung Deutschlands. Nationale Selbsthilfe heißt der unerbittliche Kampf gegen den Raub des Ruhrgebietes, gegen die sogenannten Grenzberichtigungen, gegen das Zwangsdiktat der Bonner Verfassung mit ihrer mittelalterlichen Kleinstaaterei.

Nationale Selbsthilfe übte der Deutsche Volksrat in seiner 6. Tagung durch die Zustimmung zu seinem Friedensmanifest, in dem im Namen des deutschen Volkes gefordert wird:

1. Ausarbeitung von Grundsätzen für einen Friedensvertrag auf der Grundlage der Beschlüsse von Jalta und Potsdam;

2. Herstellung der administrativen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands;

3. Wiederherstellung der Währungseinheit für ganz Deutschland und Aufhebung der Wirtschafts- und Verkehrsschranken zwischen den Zonen;

4. Bildung einer vorläufigen zentralen Regierung Deutschlands aus Vertretern der demokratischen Parteien und Organisationen; ihre Zusammensetzung muß eine dauerhafte Friedenspolitik gewährleisten;



5. Einberufung einer Friedenskonferenz, an der die vorläufige demokratische Regierung Deutschlands teilnimmt.

Diese Schritte der nationalen Selbsthilfe werden entscheidend erweitert durch den Beschluß des Deutschen Volksrates über den Entwurf einer Verfassung für die deutsche demokratische Republik.

Der Verfassungsentwurf ist darum ein bedeutsamer Akt der nationalen Selbsthilfe, weil er dem deutschen Volke einen klaren und unantastbaren Standpunkt vermittelt, von dem aus es seine demokratischen, staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Ansprüche geltend machen kann. Der Entwurf hat in allen Kreisen des Volkes stärkste Beachtung und großen Widerhall gefunden. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte haben die Arbeiter in den Betrieben, die Bauern in den Gemeindeversammlungen der Dörfer, unsere Frauen und Jugendlichen, für die bisher Verfassungs- und Staatsfragen ein Buch mit sieben Siegeln waren, sich lebhaft mit dem Entwurf der Verfassung beschäftigt. Die Tatsache, daß der Deutsche Volksrat das öffentliche Interesse für Verfassungsfragen erweckt hat, ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg seiner Arbeit. Denn es ist klar: Die Aufgabe des Verfassungsausschusses kann sich nicht darauf beschränken, ein politisch und rechtlich einwandfreies Verfassungsdokument herzustellen, weil dadurch allein eine Demokratie nicht zu schaffen ist. Das Volk kann bei der Schaffung einer Verfassung nicht nur das willenlose Objekt der Staatsgewalt sein, sondern es muß vielmehr der Schöpfer des Staates und der Träger der Staatsmacht werden. Verfassung und Staat können aber nur Sache des Volkes werden, wenn die Verfassung auch das Werk des Volkes ist. Der vom Deutschen Volksrat beschlossene Entwurf einer Verfassung steht wie ein Fels unerschütterlich als die Grundstruktur der künftigen deutschen Demokratie da. Er kann sich gegen alle Kritiker und Feinde verteidigen, denn er erhebt eine Wahrheit zum Gesetz, die Wahrheit nämlich, daß die quälenden Widersprüche im Leben der Menschen und der Völker erst dann

aufgehoben sind, wenn das Volk zum freien Gestalter seines Staates und der Wille des Volkes zum Inhalt der Staatsgewalt selbst erhoben wird.

Der Einwand der Gegner des Volksrates, die Beschäftigung mit der Verfassung sei müßig, da Deutschland noch kein Staat sei, verkennt vollkommen die politische Situation, in der das deutsche Volk zu leben gezwungen ist. Den Deutschen wird ihr demokratischer Staat nicht geschenkt, das zeigen schon die Erfahrungen der letzten drei Jahre. Wir müssen ihn uns gegen Widersacher von nicht geringem Gewicht erst erarbeiten. Die Gewinnung des Volkes in diesem Kampfe um den kommenden Staat ist darum eine entscheidende Voraussetzung. Das ist unsere nationale Selbsthilfe. Die Verfassung ist einer der bedeutendsten Bausteine für das zu gründende deutsche Staatswesen.

Aber ganz unabhängig davon zeigt die politische Lage in Deutschland, wie richtig der Volksrat handelte, als er die wirtschaftliche, politische und organisatorische Grundlage des zukünftigen deutschen Staates erarbeitete und in diesem Verfassungsentwurf konkretisierte. Der in Bonn gegangene Weg zeigt uns, welche Gefahr für die deutsche Zukunft der Verzicht auf das fundamentalste Recht der Völker, das Recht auf die nationale Selbstbestimmung, gebracht hat. Was in Bonn geschah, hat mit einer deutschen Verfassungsschöpfung so wenig zu tun wie die Operation eines Kranken mit der Sektion einer Leiche. Was in Bonn geschah, hat mit der Heilung eines Volkskörpers nichts mehr zu tun. Man schnitt vielmehr so willkürlich an diesem Volkskörper herum, als ob überhaupt kein Leben mehr in ihm wäre. Das deutsche Volk ist nur noch ein Handelsobjekt in dieser sogenannten Verfassung; nichts spielt in Bonn eine so geringe Rolle wie das Interesse des deutschen Volkes.

Die 6. Tagung des Deutschen Volksrates räumte auch rücksichtslos mit der im Westen Deutschlands vertretenen Argumentation auf, daß Deutschland durch die Tatsache der Niederlage im

Hitlerkrieg jedes Recht auf seine nationale Selbstbestimmung eingebüßt habe. Diese Argumente entsprechen keineswegs den Tatsachen. Deutschland hat durch die Kapitulation seine Souveränität nicht verloren. Die Tatsache des Verlustes der Souveränität wird nur konstruiert, um die Politik der vollkommenen Unterwerfung unter den Willen der westlichen Besatzungsmächte vor dem Volk zu rechtfertigen. Die Sowjetunion hat das Lebensrecht des deutschen Volkes bereits anerkannt durch das aus tiefster Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge und aus höchster sozialistischer Moral schon während des Krieges gesprochene Wort Stalins:

„...die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“<sup>1</sup>

Es gibt kein Aufhören der Souveränität eines Volkes, es gibt keine Vernichtung des Rechtes auf Selbstbestimmung seines staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Die Freiheit der Selbstbestimmung ist das höchste Recht jedes Volkes und jeder Nation. Die Völker brauchen das Recht der Selbstbestimmung so nötig wie der Mensch die Luft zum Leben. Es war das schandbare Verbrechen Hitlers, die These von der „Hegemonie“ eines Volkes, des „Herrenvolkes“, über andere Völker zum Prinzip zu erheben und so das Völkerrecht zu einem Instrument der Unterdrückung anderer Völker zu machen.

Die Geschichte der jüngsten Zeit hat der Welt gezeigt, daß die Versuche der Vernichtung des Selbstbestimmungsrechtes vergebens sind. Das Gesetz der Geschichte zeigt, daß der Druck von oben den Gegendruck von unten erzeugt. Auch in Deutschland erzeugt darum der nationale Notstand die nationale Selbsthilfe. Die Grundprinzipien des nationalen Selbstbestimmungsrechtes wurden auch von den Potsdamer Beschlüssen anerkannt und eindeutig festgelegt. Sie bestimmten: schrittweises Werden des deutschen demokratischen Staates unter Ausschaltung aller faschistischen,

---

<sup>1</sup> J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, S. 50.

militaristischen und diktatorischen Elemente. So sollte eine deutsche demokratische Republik entstehen mit einer zentralen Regierung, die mit den Siegermächten einen Friedensvertrag abschließt, in dem Deutschland sich verpflichtet, den von der Hitlerarmee den Völkern zugefügten Schaden wiedergutzumachen. Alle Regelungen, die diesen gemeinsam getroffenen Abmachungen der Alliierten widersprechen, sind darum völkerrechtswidrig. Es ist deshalb eine höchst bedeutsame Feststellung und ein Akt der nationalen Selbsthilfe, wenn der Deutsche Volksrat auf seiner 6. Tagung erklärt: Saarregelung, willkürliche Grenzveränderungen, Ruhrstatut, Ruhrbehörde und Besatzungsstatut, die in Verletzung der Völkerrechtsprinzipien und der Potsdamer Beschlüsse getroffen wurden, sind rechtsungültig und können vom deutschen Volk nicht anerkannt werden.

Die Herren der kolonialen Gewaltpolitik mögen sich nicht täuschen. Eine rechtsungültige Ordnung der Gewalt kann und wird auch in Deutschland niemals von Bestand sein. Wenn auch manche westdeutsche Politiker diese Einsicht heute noch nicht erlangt haben mögen, wenn sie auch die Argumentation des Volksrates über die Lebensansprüche und Lebensrechte der deutschen Nation noch nicht gelten lassen wollen, am Ende dieser entwürdigenden Kolonialperiode für Deutschland werden die harten Tatsachen und der Leidensweg des deutschen Volkes sie davon überzeugt haben. Das deutsche Volk wird nach der Wiedergewinnung seiner Unabhängigkeit die sogenannte Bonner Verfassung und alles, was damit zusammenhängt, mit einem kühnen Griff zerreißen und sie den westlichen Alliierten und ihren deutschen Helfern als ein wertloses Stück Papier auf den Tisch legen.

Die Mitglieder des Deutschen Volksrates haben auf der 6. Tagung feierlich gelobt, alle Kräfte für die Verwirklichung dieser Ziele einzusetzen und alle Deutschen aufzurufen, für die Bildung einer freien deutschen demokratischen Republik und für die Sicherung des Friedens zu kämpfen. Darin liegt die Bedeutung dieser Tagung für die fernere Entwicklung Deutschlands.

## Entwurf der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

*Rede auf dem 3. Deutschen Volkskongreß*

*29. und 30. Mai 1949*

Der 2. Deutsche Volkskongreß hat in seinem Beschluß vom 18. März 1948 den von ihm gewählten Deutschen Volksrat beauftragt, Fachausschüsse zu bilden, die sich der Bearbeitung derjenigen Fragen widmen sollen, die sich – wie es in dem Beschluß heißt – „aus der programmatischen Zielsetzung des Deutschen Volkskongresses ergeben“.

An zweiter Stelle wurde der Verfassungsausschuß genannt, der sich bald nach dem Ende des 2. Volkskongresses konstituierte und sich die Bearbeitung der deutschen Verfassungsprobleme zur Aufgabe stellte. Dabei wurde mir die Leitung dieses Ausschusses übertragen. Ich darf mir darum hier erlauben, allen Damen und Herren des Volksrates für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit beim Zustandekommen der Verfassung zu danken. Der Ausschuß hat ein Jahr gearbeitet und unter Hinzuziehung vieler Staatsrechtler sowie anderer Sachverständiger eine intensive Tätigkeit entfaltet. Die Arbeit des Ausschusses fand ihren Abschluß mit der Ausarbeitung eines „Entwurfes der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“, der auf der 6. Sitzung des Deutschen Volksrates vom 19. März 1949 angenommen und zur Bestätigung dem 3. Deutschen Volkskongreß überwiesen wurde. Im Zuge der Ausarbeitung ist der Entwurf verschiedentlich sowohl dem Volksrat wie auch der Öffentlichkeit zur Diskussion unterbreitet worden. So wurden erstmalig am 4. August 1948 die von dem Verfassungsausschuß entworfenen „Richtlinien für die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“ der 4. Sitzung des

Deutschen Volksrates vorgelegt und diskutiert. Anschließend wurden die Richtlinien veröffentlicht, womit die Diskussion des Verfassungsentwurfes in der Öffentlichkeit einsetzte. Diese Diskussion auswertend, verabschiedete der Verfassungsausschuß nach nochmaliger eingehender Beratung einen paragraphierten Entwurf, den ersten Entwurf, der dem Deutschen Volksrat auf der 5. Sitzung am 22. Oktober 1948 zur Beratung vorgelegt wurde. Die Meinungsäußerung der Öffentlichkeit erfolgte in Versammlungen aller Art, durch die Presse, den Rundfunk und durch direkte Zuschriften an das Sekretariat des Deutschen Volksrates in Form von Stellungnahmen, Resolutionen, Abänderungs- und Ergänzungsvorschlägen. Insgesamt fanden etwa 9000 Versammlungen, in denen die Verfassung diskutiert wurde, in allen Teilen Deutschlands statt. Es wurden über 15000 Resolutionen der Parteien, Organisationen und sonstigen Institutionen zur Verfassungsdiskussion und 503 Abänderungsvorschläge zum Verfassungsentwurf dem Deutschen Volksrat zugesandt. Die meisten Resolutionen waren zustimmenden Charakters. Im Sekretariat des Deutschen Volksrates wurde die Sichtung des eingegangenen Materials und seine Zusammenstellung nach den einzelnen Teilgebieten der Verfassung durchgeführt. Der Verfassungsausschuß und seine Unterausschüsse traten an Hand der Vorschläge dieser Diskussion noch einmal in die Beratung des Entwurfes ein und verabschiedeten den zweiten Entwurf, der als endgültige Fassung auf der 6. Sitzung des Deutschen Volksrates am 19. März dieses Jahres angenommen wurde mit dem Hinweis, daß seine Bestätigung durch den 3. Volkskongreß erfolgt.

Der Entwurf wurde in einer Periode verschiedenartiger politischer Entwicklungsstufen geschaffen, in der die Widersprüche der internationalen Politik, mit dem Deutschlandproblem als eines der Kernprobleme, ständig anwuchsen. Der Verfassungsentwurf liegt dem Kongreß in einem Augenblick zur Bestätigung vor, in dem diese Widersprüche ihren Kulminationspunkt erreicht haben und in dem sie hoffentlich auf der Tagung des Rates der Außenminister in Paris ihrer Lösung entgegengeführt werden

können. Der Entwurf darf nicht lediglich als ein juristisches Werk bewertet werden. Die Entscheidungen über die deutsche Staatsgewalt, die er enthält, die in ihm festgelegte Formung des Aufbaus der deutschen Staatsorganisation und der Funktion der deutschen Staatsorgane, das sind politische Entscheidungen von eminenter Tragweite. Der Anspruch des deutschen Volkes auf ein selbständiges demokratisches Staatswesen ist in diesem Verfassungsentwurf niedergelegt. Es wird hier der Weg gezeigt, auf dem das deutsche Volk aus der Erniedrigung der Unterwerfung zu einer friedfertigen, souveränen Nation emporsteigen kann.

Die Entwicklung der internationalen Politik, die zwischen dem 2. und 3. Volkskongreß liegt, zeigt mit größter Eindringlichkeit, daß die nationale Freiheit dem deutschen Volke ohne sein Zutun nicht in den Schoß fällt. Die Widersprüche zwischen den Siegermächten in der Deutschlandfrage, die vom Westen betriebene systematische Zerstückelung Deutschlands, die hartnäckigen Versuche von derselben Seite, das Territorium Deutschlands in ein Spannungsfeld der internationalen Politik und damit in einen ständigen Unruheherd zu verwandeln, Deutschland zu einem Anhängsel ihrer gegen die Sowjetunion gerichteten Politik zu machen, haben bei uns Deutschen das Höchstmaß der erträglichen Beruhigung hervorgerufen. Eine solche Bewertung der internationalen Politik bringt es mit sich, daß Gewicht und Bedeutung der Stimme des deutschen Volkes in der internationalen Arena nicht gesunken, sondern im Gegenteil gestiegen ist. In der Zeit einer latenten Kriegsgefahr kann das deutsche Volk nichts sehnlicher als Verständigung wünschen, denn auf seinem Rücken wirkt sich – wie wir seit Monaten gespürt haben – die Politik des kalten Krieges aus. Geht der kalte Krieg aber in den heißen über, so ist das deutsche Volk das erste Opfer der furchtbaren Katastrophe. Welcher verantwortungsbewußte Deutsche kann angesichts solcher Lage schweigen und untätig bleiben? Erkennt das deutsche Volk seine gegenwärtige Lage, sieht es der politischen Situation klar und deutlich ins Gesicht mit dem Willen zum Weiterleben und der

Erkenntnis der Gefahr, in der es schwebt, so muß es sich endgültig aus der politischen Lethargie emporrecken, sich aller Illusionen entledigen und jene falschen Politiker in die Wüste schicken, die diese Spannungen nach Kräften schüren und ihm einreden, es könne aus der politischen Spannung der Großmächte Gewinn schlagen. Erhebt heute das deutsche Volk seine Stimme, sagt es der Welt deutlich und eindringlich: wir wollen nicht der Spielball fremder Interessengegensätze sein, wir wollen nicht zum Prellbock und Büttel fremder Politik werden, fordert es die Verwirklichung des ihm nach dem Zusammenbruch Hitlerdeutschlands in Potsdam zugesicherten Rechtes auf einen freien demokratischen Staat und eine selbständige Politik, so würde sich das politische Gesicht Zentraleuropas und damit der ganzen Welt von Grund auf ändern. Der Frieden in Europa wäre sichergestellt und damit der Frieden in der Welt. Heute, in der Zeit der tiefsten Erniedrigung, muß dem deutschen Volke eine Chance gegeben werden, zu einer neuen Zukunft emporzusteigen, nicht in dem negativen Sinne, in dem Wilhelm II. oder Hitler es taten, die die Welt in Kriege stürzten, sondern in dem positiven Sinne, daß es sich selbst und die Welt vom Alpdruck des Krieges befreit. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, wir seien in unserer Entscheidung nicht frei. Im Gegenteil, der Weg zu staatlicher Freiheit, zur Schaffung eines souveränen nationalen Staatswesens kann dem deutschen Volke von niemandem verlegt werden, und niemand kann das deutsche Volk hindern, diesen Weg zu gehen. Wir rufen das gesamte deutsche Volk zum Kampfe für die souveräne demokratische Republik auf. Wir treten mit diesem Verfassungsentwurf vor das ganze deutsche Volk, um ihm die Gestalt einer deutschen Republik, so wie sie uns vorschwebt, aufzuzeigen und mit allen Deutschen eine Verständigung zu suchen und auf dieser Grundlage weiterzuarbeiten. Wir zeigen durch unseren Entwurf den Alliierten und der ganzen Welt, daß es Deutsche gibt, die jene Erwartungen erfüllen, die man nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches an das deutsche Volk stellte: nämlich den Weg zu einer friedlichen demokratischen Nation zu finden.



1945, in den Tagen und Wochen des Zusammenbruches des Hitlerreiches, als dem deutschen Volk noch das furchtbare Ausmaß der Verbrechen vor Augen stand, war für uns Deutsche kein Hoffnungsschimmer da, der uns Mut und Zuversicht für die Zukunft gab. Erst die ausdrückliche und wiederholte Zusicherung der Alliierten, das deutsche Volk und den deutschen Staat nicht vernichten zu wollen, sondern den demokratischen Kräften in Deutschland die allseitige Unterstützung für den Aufbau eines demokratischen Staatswesens angedeihen zu lassen, gab uns eine berechtigte Hoffnung.

Ich habe in meinem Bericht auf der 5. und 6. Sitzung des Deutschen Volksrates eingehend die internationale und völkerrechtliche Lage Deutschlands analysiert und unsere Ansprüche auf die Wiederherstellung unserer Souveränität und der Eigenstaatlichkeit nachgewiesen.

Die Atlantikcharta von 1941, die Verlautbarungen der Krimkonferenz Anfang 1945, die Dokumente über die Kapitulation und die Konstituierung des Kontrollrates, alle diese internationalen Vereinbarungen wiederholen die These, die dann im Potsdamer Abkommen ihre prägnanteste Ausprägung in den Sätzen gefunden hat:

*„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“<sup>1</sup>*

Also bitte, meine Herren in Paris, geben Sie uns diese Möglichkeit zur demokratischen Umgestaltung unseres Lebens. Wir sind dazu bereit! Ich hatte dann weiter in diesem Bericht die von den Westmächten betriebene Politik der Aufspaltung Deutschlands analysiert, jene Politik, die über die Versuche der Föderalisierung

<sup>1</sup> „Potsdamer Abkommen und andere Dokumente“, S. 15.

Deutschlands zur offenen Spaltung und von der Spaltung zur Annexion führte. Diese Politik fand ihren Höhepunkt in den Londoner Empfehlungen, in denen die Westalliierten offen erklärten, daß vorläufig weder von der Gründung eines gesamtdeutschen Staates noch von dem Abzug der Besatzungsmächte die Rede sein könne und in denen die Schaffung eines westdeutschen Separatstaates eingeleitet wurde. So suchten die Westalliierten sich von der Politik der Potsdamer Beschlüsse loszusagen. Die Spaltung wurde durch die separate Währungsreform und die Schaffung des „Parlamentarischen Rates“ in Bonn, dessen Zweck die Schaffung der westdeutschen Separatverfassung war, vertieft. Die Auswirkungen der Londoner Politik der Westmächte für uns Deutsche liegen heute offen vor uns. Der in Potsdam festgelegte Weg der Rekonstruktion Deutschlands auf demokratischer Grundlage wurde im Westen jäh unterbrochen. Die Westalliierten bereiten sich darauf vor, sich in Westdeutschland auf unbegrenzte Zeit festzusetzen und die Oberhoheit fest in ihren Händen zu halten. Jede demokratische und nationale Bewegung Westdeutschlands wurde unterdrückt, sobald sie nur auf das Ziel der Wiederherstellung der Souveränität Gesamtdeutschlands und einer wirklichen demokratischen Umgestaltung lossteuerte. Um diese politische und geistige Unterwerfung unter die staatliche Oberhoheit der Westalliierten zu erreichen, bediente man sich einer hemmungslosen Kriegshetze. Man beschwor das Gespenst eines bevorstehenden Krieges herauf, einzig zu dem Zwecke, unter Beweis zu stellen, wie notwendig die staatliche Oberhoheit der Westmächte in Westdeutschland sei. Man hielt und hält diese Panik und Psychose mit allen Mitteln wach, um die Bevölkerung des klaren Bewußtseins über die wirkliche Lage der Dinge zu berauben und sie so von einer eigenständigen, ihren deutschen und nationalen Interessen entsprechenden freien politischen Willensbildung abzulenken. Ein Schulbeispiel absichtlich herbeigeführter politischer Verwirrung liefert uns der Zustand in Berlin.

Unter dem Vorwand des Wiederaufbaus Westdeutschlands richtete man sich ganz hemmungslos in Westdeutschland ein, brachte

die Industrie in seine Hand und okkupierte das Ruhrgebiet, das wirtschaftliche Herz Deutschlands. Die Marke „Marshallplanhilfe“ ist nur eine schlechte Bemäntelung dieser Politik. Wie ein Alpdruck liegt sie auf Westdeutschland. Sie schnürt jede politische Aktionsfreiheit der großen politischen Parteien ein. Es sind nicht deutsche Interessen, die hier herrschen und die zu Wort kommen können, sondern die Interessen ausländischer Imperialisten. Mit Brutalität kämpfen sie gegen die Möglichkeit der Entfaltung demokratischer Kräfte, der Aufrichtung unseres Volkes, der demokratischen Erneuerung, und dabei ist es gerade diese Richtung, die ihre verwerfliche Praxis sowohl mit den Worten von der Freiheit, der Menschenwürde und den Menschenrechten zu verdecken sucht. Aber mögen es sich gerade diese Leute gesagt sein lassen, daß die Grundlage aller Freiheit, sowohl des einzelnen als des Volkes im Ganzen, das Recht und die Freiheit der souveränen Staatsgestaltung ist. Nur die Freiheit aller Völker kann ein friedliches Zusammenleben der Völker gewährleisten. Unterdrückung und Kolonisierung war immer nur die Quelle von Zwistigkeiten und neuen Kriegen.

Nun soll diese Politik auf lange Zeit gefestigt und zur Dauer Einrichtung in Deutschland werden. Dies und nichts anderes ist das wirkliche Wesen der jüngsten Maßnahmen, die zur Regulierung des staatlichen und völkerrechtlichen Statuts in Deutschland getroffen sind: der Erlaß des Besatzungsstatuts und der westdeutschen Verfassung. Beide sind die Frucht der seit dem Erlaß der Potsdamer Beschlüsse von den Westalliierten betriebenen Politik der Einbeziehung Westdeutschlands in ihre Interessensphäre. Die Tatsache, daß das Besatzungsstatut und die westdeutsche Verfassung den Verlust der nationalen Selbständigkeit unserer Brüder im Westen besiegeln, wird mehr und mehr auch denen deutlich, die bisher vor unseren wiederholten Warnungen so hartnäckig die Augen und die Ohren verschlossen haben.

Es ist im höchsten Maße symptomatisch, daß keiner der Politiker Westdeutschlands, die mehr oder weniger freiwillig in die Bahnen dieser Politik gedrängt wurden, es heute wagt, sich mit

ihr restlos zu identifizieren oder sie als den Ausdruck des nationalen Willens hinzustellen. Es ist uns darum auch verständlich, daß man es nicht wagt, die westdeutsche Verfassung einer Volksabstimmung zu unterbreiten. Dieses Dokument trägt sein wahres Wesen allzu deutlich auf der Stirn. Es ist eine dem Volke oktroyierte Satzung. Kaum geboren, ruft sie allseitigen Widerspruch hervor, weil sie mit den Interessen unseres Volkes nichts gemein hat.

Dieser Widerspruch gegen Besatzungsstatut und Separatverfassung aber wird sich verstärken, und damit verschärft sich auch der Kampf des deutschen Volkes gegen den in Westdeutschland geschaffenen Status. Dieser Kampf wird nicht eher zur Ruhe kommen, bis unser Volk dieses fremde Joch von sich geworfen und aus sich selbst heraus ein freies demokratisches Staatswesen geschaffen hat, das ihm das Hausrecht in seinem eigenen Hause gewährt. Ein doppeltes Joch ist es, das hier auf den Nacken unserer Brüder im Westen gelegt wird: erstens das Joch einer zeitlich unbegrenzten Besatzung, das mit dem Besatzungsstatut seine Sanktion findet und zweitens der durch die Separatverfassung gebildete riesige bürokratische Staatsapparat, der nicht der demokratischen Willensbildung unseres Volkes dient, der vielmehr gerade umgekehrt im Interesse der Besatzung und des von ihr geschaffenen Status diese Willensbildung allseitig verhindern soll.

Was besagt das Besatzungsstatut? Es besagt, daß die wichtigsten staatlichen Hoheitsrechte in die Hand der Besatzungsmächte übergehen. Die Deutschen als die der Gewalt Unterworfenen können weder über die äußere noch über die innere Politik oder über die Wirtschaftspolitik bestimmen. Diese Hoheitsrechte liegen entweder direkt in den Händen der Besatzungsmächte oder werden unter ihrer Kontrolle durchgeführt. Die auswärtigen Angelegenheiten Westdeutschlands und die „in seinem Namen getroffenen internationalen Abkommen“ liegen in den Händen der westlichen Besatzungsmächte. Sie also können, so paradox dies auch klingt, im Namen des deutschen Volkes internationale Verträge abschließen, können also das deutsche Volk, das nur noch rechtlosen

Kolonialsklaven gleichkommt, in Kriegsbündnisse hineinzwängen und es an den Wagen fremder Interessen spannen. Ist es nicht schlimmste Spiegelfechtereie, überhaupt noch von einer deutschen Außenpolitik zu sprechen, wie dies das Besatzungsstatut tut? Nicht anders verhält es sich mit der deutschen Wirtschaft. Sie wird en bloc den Alliierten unterstellt. So sind in Punkt 2 B des Besatzungsstatuts den Besatzungsbehörden ausdrücklich folgende Machtbefugnisse vorbehalten:

„Die Kontrolle über die Ruhr, die Restitutionsen, Reparationen, Dekartellisierung, Dekonzentrierung, Handelsbegünstigung, die ausländischen Interessen in Deutschland und die Ansprüche gegen Deutschland.“<sup>1</sup>

Diese Bestimmung ist in der Tat unannehmbar in ihren Konsequenzen. Sie liefert die gesamte Wirtschaft, Industrie und Handel, den Besatzungsbehörden zur völlig freien Verfügung aus. „Kontrolle über die Ruhr“, das heißt doch nicht mehr und nicht weniger, als die westlichen Alliierten wollen darüber bestimmen, wie weit die Naturschätze dieses Beckens, das Herzblut unserer Wirtschaft, Kohle und Stahl uns überhaupt zufließen sollen. Sie haben damit in der Tat die Hand auf die Gurgel unserer Wirtschaft gelegt. Die Bestimmung der „Restitutionsen und Reparationen“ behalten sie ihrem Ermessen vor. Die für unsere Wirtschaft so bedeutsame Frage soll also nicht durch Vereinbarung mit den deutschen Stellen, nicht auf Grund von Verträgen, sondern durch einseitiges Diktat reguliert werden.

Die Kontrolle über „ausländische Interessen in Deutschland“ soll weiterhin nicht in deutschen Händen, sondern in denen der Besatzungsmacht liegen, das heißt, keine deutsche Stelle, weder die deutsche Wirtschaftsverwaltung noch deutsche Banken, noch deutsche Gerichte sollen irgendwelche Machtbefugnisse über die ausländischen Kapitalien in Deutschland haben. Das stellt Deutschland, wahrscheinlich als Ersatz für den erlittenen Verlust, auf das Niveau Kuomintangchinas, wo auch alle ausländischen Kapitalien exterritorial waren. Wenn diese Herren dann noch

<sup>1</sup> Ebenda, S. 42.

die „Dekartellisierung“ und die „Dekonzentrierung“ sich selbst im Besatzungsstatut übertragen sowie die Festlegung der Handelsbegünstigungen, die Überwachung des Außenhandels, des Devisenverkehrs und anderes mehr, so ist das in der Tat eine vortreffliche Handhabe, die deutsche Konkurrenz völlig und endgültig auf dem Weltmarkt auszuschalten. Hinzu tritt, daß die Besatzungsbehörde sich die Kontrolle über die Verfassung vorbehalten hat und jede Verfassungsänderung sowie jedes andere Gesetz nur nach ihrer Zustimmung in Kraft tritt.

Aber nicht genug damit! Die Besatzungsbehörden können darüber hinaus alle von ihnen für erforderlich gehaltenen Maßnahmen ergreifen. Die Behauptung der Befürworter des Besatzungsstatuts, in ihm seien die Machtgrenzen der Besatzungsmächte festgelegt, erweist sich also als leeres Gerede. Das Besatzungsstatut kennt keine Machtgrenzen, sondern es ist die Usurpation der unbegrenzten Macht.

Die Besatzungsbehörden behalten sich ausdrücklich das Recht aller Einmischungen in die deutschen Angelegenheiten vor, die sie für erforderlich halten. Sie können, wie es wörtlich heißt, „entsprechend den Weisungen ihrer Regierung“ die Ausübung der vollen Gewalt ganz oder teilweise übernehmen. Klingt es nicht angesichts solcher Machtanmaßung wie ein Hohn, wenn es im ersten Punkt des Besatzungsstatuts heißt, daß die Westalliierten dem deutschen Volk das größtmögliche Maß an Selbstregierung einzuräumen trachten, daß die deutschen Organe „*lediglich den Beschränkungen*“ des Besatzungsstatuts unterworfen seien? Man scheint in der Tat merkwürdige Vorstellungen von der Würde und Souveränität einer Nation zu haben. Gewiß, wir sind ein besiehtes Volk. Wir wissen es und begreifen es. Wir sind auch bereit, daraus Schlußfolgerungen zu ziehen. Wir halten es aber vier Jahre nach Beendigung des Krieges nicht für unbeschneiden, wenn wir allen Alliierten zurufen: Kontrolliert uns, laßt uns aber das Recht, über unsere eigenen Angelegenheiten selbst zu entscheiden!

Ich spreche im Zusammenhang mit der Verfassung von dem

Besatzungsstatut, weil auch die deutschen Staatsorgane, die man unter der Herrschaft des Besatzungsstatuts schuf, in dem Grundgesetz des Bonner „Parlamentarischen Rates“, jener jüngst geschaffenen westlichen Separatverfassung, keine Organe der deutschen Selbstregierung sind. Hier ist keine originär aus dem deutschen Volke erwachsene Staatsgewalt konstituiert.

In diesem Bonner Grundgesetz werden vielmehr alle veralteten und abgelebten deutschen Staats- und Verfassungsinstitutionen von den ausländischen Interessenten hervorgeholt, um die deutsche Einigung und das Werden einer demokratischen deutschen Staatsgewalt zu erdrosseln. Denn man weiß, daß die deutsche Einigung und die Verwirklichung der deutschen Volksherrschaft mit dem System des Besatzungsstatuts unvereinbar ist. Die Imperialisten können kein einiges Deutschland ertragen, ein Deutschland, in dem das deutsche Volk selbst Herr in seinem Hause ist. Sie brauchen einen zersplitterten, schwachen deutschen Staat, ein deutsches Volk, das sich untertänig unter ihr Joch beugt. So wird auch in diesem Bonner „Grundgesetz“ die deutsche Staatsgewalt völlig ausgehöhlt und das deutsche Volk in einer Weise aus der Mitbestimmung der Staatsgewalt ausgeschlossen wie es in der Tat vermessener nicht erklügelt werden konnte.

Das Bonner „Grundgesetz“ läßt den Todfeind der deutschen Einheit, den Krebschaden der deutschen Nation, die föderative Zersplitterung der Staatsgewalt, wieder aufleben. Es setzt der einheitlichen Willensbildung die stärksten Hemmnisse entgegen. Der Grundsatz, daß das Recht des Gesamtstaates das Recht des einzelnen Landes breche, wird restlos aufgehoben. Jedem Lande ist der Weg zu selbständiger Politik eröffnet, wodurch der Boden für unentwegte Konflikte zwischen dem Bund und den einzelnen Ländern eröffnet ist. Dazu unterhalten die Regierungen der Länder eine eigenständige Vertretung beim Bund, den „Bundesrat“, der bei der Regierung und Gesetzgebung maßgebend mitzuwirken hat, also die einheitliche Gewalt des Staates entscheidend schwächt. Das Bonner „Grundgesetz“ restauriert den Todfeind der deutschen Demokratie, den alten bürokratischen

Staatsapparat und legt in seine Hand wiederum alle Macht. Die Stellung der Volksvertretung, dieses „Bundestages“, dem einzigen Organ, in dem die Stimme des deutschen Volkes durch die gewählten Abgeordneten zur Geltung kommen kann, ist weit schlechter als die der Volksvertretung der Weimarer Republik, des Reichstages. Sie gleicht dem großen Scheinparlament, das wir in unserer Verfassungsgeschichte hatten, dem Reichstag des deutschen Kaiserreiches. Ebenso wenig wie im deutschen Kaiserreich ist nach dem Bonner „Grundgesetz“ die Volksvertretung in der Lage, die Politik der Regierung zu bestimmen, einen irgendwie erheblichen Einfluß auf die staatliche Exekutive, die Rechtsprechung oder die Wirtschaftsgestaltung auszuüben. Auch in der Gesetzgebung, die nach dem Text der Bonner Verfassung der Volksvertretung vorbehalten ist, ist sie allseitig beschränkt. Beschließt die Volksvertretung ein Gesetz, so kann – das ist die erste Bremse – der „Bundesrat“, die Vertretung der Regierung der Länder, fordern, daß dieses Gesetz vor einem gemischten Ausschuß noch einmal behandelt wird. Besteht die Volksvertretung auf dem Gesetz, so kann – das ist die zweite Bremse – der „Bundesrat“ den formellen Einspruch einlegen. Die Volksvertretung ist dann gezwungen, mit qualifizierter Mehrheit noch einmal zu beschließen, in gewissen Fällen sogar mit Zweidrittelmehrheit ihrer Mitglieder, was faktisch eine normale Gesetzgebung überhaupt unmöglich macht. Aber nicht genug damit, es sind außerdem noch juristische Fallstricke gegen die Gesetzgebungsgewalt der Volksvertretung gezogen. Jedem Gesetz der Volksvertretung kann von jedem Richter die Anwendung versagt werden, es kann vor den Bundesgerichtshof gebracht und dort annulliert werden. Bedenkt man, daß dann ein Gesetz nach solchem Leidensweg noch den Instanzen der Besatzungsmacht zur Genehmigung vorgelegt werden muß, so mag man ermessen, wie es hier um die Demokratie und um die Willensäußerung des Volkes bestellt ist. Das ganze Gesetzgebungsverfahren, eines der Kernstücke des Bonner „Grundgesetzes“, hat selbstverständlich keinen anderen Sinn als den, die bürokratische Staatsmaschine, deren Zusammensetzung



wesentlich durch die Besatzungsmacht selbst bestimmt ist, allseitig zu festigen und zu sichern, um so den bestehenden Zustand der Verhältnisse vor allen Beeinträchtigungen durch das Volk sicherzustellen. Einen solchen wetterfesten Staatsapparat aber gebraucht man als Garantie für die wirtschaftlichen Machtpositionen, welche die ausländischen Monopolkapitalisten sich in Deutschland bereits errungen haben und die auszuweiten und zu festigen sie sich bemühen. Und hier tritt nun die schlimmste Seite dieses „Grundgesetzes“ hervor: der in ihm enthaltene Verzicht auf alle wirtschaftlichen Reformen. Die Wirtschaft ist für unantastbar erklärt. Das bedeutet die völlige Auslieferung unserer Wirtschaft und der Arbeitskraft jedes einzelnen an die imperialistischen Mächte, die sich mehr und mehr durch Kapitalexport bei uns einnisten. Die mit üppigen Phrasen formulierten „Grundgesetze“ enden genau da, wo die Herrschaftsdomäne der ausländischen Interessen in der Wirtschaft beginnt. Es bedarf keiner besonderen Staatsweisheit, um zu wissen, daß die Regulierung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse durch die Staatsgewalt heute ihre bedeutsamste Funktion ist und daß ein Staat, der nicht die Oberherrschaft über die wirtschaftlichen Ressourcen besitzt, ein Marionettenstaat ist. In dem Bonner „Grundgesetz“ aber sind dem Staat keinerlei Verpflichtungen hinsichtlich des Schutzes der Bürger vor wirtschaftlicher Willkür auferlegt. Hier geht das Bonner „Grundgesetz“ weit hinter die Weimarer Verfassung zurück. Die Weimarer Verfassung kannte neben den auf die Person und ihre Freiheit sich beziehenden Rechtsbestimmungen auch solche, die sich gegen die wirtschaftliche Machtstellung richteten und die Einzelpersonen oder das Volk als Ganzes vor deren Auswüchsen schützten. Dieser ganze Komplex fehlt überhaupt im Bonner „Grundgesetz“. Die Möglichkeit der Nationalisierung ist zwar dem Wortlaut nach gegeben, sie ist aber faktisch dadurch illusorisch gemacht, daß der Staat die Bedingungen der Nationalisierung nicht festzulegen befugt ist. Eine solche Regelung kann angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Machtverhältnisse im Westen unseres Vaterlandes nicht wundernehmen. Kommt es

doch den ausländischen Monopolisten vor allem darauf an, ihre Herrschaft über die deutsche Wirtschaft vor dem Zugriff des deutschen Volkes sicherzustellen. So liefert die Bonner Verfassung die deutsche Wirtschaft und mit ihr die deutschen Menschen Schritt für Schritt an die ausländischen Mächte aus. Sie kapituliert vor einer rücksichtslosen Wirtschaftsintervention ausländischer Mächte. Gegen diese schmachvolle Kapitulation wehren sich alle guten deutschen Patrioten, weil sie ihren Kindern einmal offen in die Augen blicken möchten, ohne darin die stumme und anklagende Frage zu lesen: „Warum habt ihr uns zu Kolonialsklaven gemacht?“ Und nun lädt man uns gar ein, uns dem Bonner „Grundgesetz“ anzuschließen. Man schlägt den Ländern der Ostzone dieses Grundgesetz als Basis für einen gesamtdeutschen Staat vor. Wir können solchen Vorschlag nicht ernst nehmen. Er stellt nichts als einen Versuch dar, die deutsche Bevölkerung in die Irre zu führen. Dieses „Grundgesetz“ konstituiert überhaupt keine deutsche Staatsgewalt, es schweißt nicht die Deutschen zu einer einigen Nation zusammen, sondern zerreißt sie in einzelne ohnmächtige Teile.

Die Entstehung der Bonner Verfassung und des westdeutschen Bundesstaates schlägt allen Grundsätzen souveräner Staatsgestaltung ins Gesicht. Die Arbeit des „Parlamentarischen Rates“ wird in die deutsche Geschichte als eines ihrer traurigsten Kapitel eingehen. Das Beispiel Bonn mag für unsere junge Generation eine Warnung und Lehre dafür sein, in welchen Abgrund eine Politik führt, die nicht die engste Verbindung mit unserem Volke sucht, die nicht die wahren Interessen des Volkes richtig zu sehen und zu verteidigen weiß. Ein Schritt in der falschen Richtung zieht notwendig den nächsten nach sich, und es geht dann schließlich unaufhaltsam in den Abgrund. Man liefert sich dabei auf Gedeih und Verderb fremden Interessen aus. Es gereicht den wenigen Vertretern der kommunistischen Fraktion im Bonner „Parlamentarischen Rat“ zur höchsten Ehre, und es wird ihr Verdienst vor der deutschen Geschichte sein, immer wieder die warnende Stimme gegen den nationalen Verfall erhoben zu haben und wie Max

Reimann dafür ins Gefängnis gegangen zu sein. Heute, wo der Rat seine Arbeit beendet hat, steht das von ihm geschaffene „Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“ als ein erbärmlicher Torso da. Keiner wagt es, sich offen und frei zu diesem Machwerk zu bekennen. Der eine will es dem anderen in die Schuhe schieben; jeder sucht politischen Gewinn, indem er von ihm abrückt. Wir haben die sehr betrübliche, zwischen Komik und Tragik stehende Situation, daß man offen in der Presse und vor dem Volke gegen die Verfassung spricht, heimlich aber für ihre Durchsetzung Sorge trägt. Das ist nichts anderes als die Konsequenz einer Politik der Unterwerfung unter fremde Interessen. Unsere Zeit stellt vor jeden Politiker die unerbittliche Frage: Handelst du für oder gegen die Interessen deines Volkes und deiner Nation, kannst du dein politisches Tun vor dem ganzen Volke verantworten oder nicht. Die Politik von Bonn hat zu einer Lage geführt, die sich vor dem Volke nicht verantworten läßt. Deshalb lehnt man die Volksabstimmung über die Bonner Verfassung ab. Aber wir rufen den Politikern von Bonn und jedem nationalen Deutschen, der die Gefahr dieser Politik der Kolonisierung Deutschlands für die Interessen unseres Volkes erkennt, zu: Es gibt ein Mittel, sich aus der geschaffenen Lage zu ziehen — man sage sich von der Politik der bedingungslosen Unterwerfung los, man appelliere an das gesamte deutsche Volk, zur nationalen Selbsthilfe zu schreiten und die breiteste nationale Front zu bilden zur Rettung der deutschen Nation, zum Kampf für einen souveränen deutschen Staat! Es ist dazu nicht zu spät; für den Freiheitskampf eines Volkes ist es niemals zu spät! Wir können uns als Deutsche nicht noch einmal mit den Worten „Wir haben es nicht gewußt“ von unserer Verantwortung loskaufen. Unsere Hand zur Vereinigung mit allen Deutschen, die guten Willens sind, die Existenz der Nation zu retten, ist darum immer ausgestreckt. Wir kennen keine Bedingung, *wir kennen nur das eine: Bekenntnis zu einem einheitlichen, friedlichen Deutschland, Bekenntnis zu unserem Volke, zu unserer Nation als der Basis all unseres politischen Handelns.*

Das ist der Boden, auf dem die Volkskongreßbewegung in einer nationalen Front für Einheit und Frieden ihre Tätigkeit entfalten muß. Sie erreicht ihr Ziel mit der Sammlung aller Deutschen in einem souveränen Staat. Dieser Staat wird – wie ich schon sagte – uns nicht geschenkt. Wir müssen ihn erkämpfen gegen Gegner von nicht geringem Gewicht. Wir müssen in unserer Volke den Willen zur nationalen Einheit wie eine heilige Flamme entfachen, eine gemeinsame Plattform schaffen, auf der sich alle finden. Es gilt das Ziel unseres Kampfes, die konkrete Gestalt des kommenden Deutschlands aufzuzeigen, für das wir unseren Kampf entfalten. Es gilt das Bild von einem friedlichen, demokratischen Deutschland, das zugleich ein lebensfähiges und starkes Ganzes ist, in das Bewußtsein unseres Volkes zu tragen; ein Deutschland, für das es sich lohnt zu leben und zu kämpfen. Diese Aufgabe soll der von uns erarbeitete Verfassungsentwurf für ganz Deutschland erfüllen.

Der Deutsche Volksrat hat sich mit dem von ihm beschlossenen „Entwurf der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“ an alle Deutschen gewandt und hier den Plan der Reorganisation des deutschen Staates auf demokratischer Grundlage unterbreitet.

Hier zeigen wir unserem deutschen Volke, den Alliierten und darüber hinaus der ganzen Welt, auf welcher Grundlage wir Deutsche das zukünftige Deutschland aufzubauen trachten, zu dessen Errichtung uns in den Pakten von Jalta und Potsdam der Weg eröffnet worden ist. Wir hatten bei dem Ausbau dieser Verfassung einen Lehrmeister: unsere eigene Geschichte, die so reich an Erfahrungen, so reich an Fehlschlägen und Enttäuschungen ist. Alles was gut und gesund in unserer Vergangenheit war, soll leben und eine bessere Zukunft beflügeln. Wir halten an der Gliederung Deutschlands in Länder fest; wir halten an den alten Farben von 1848 und der Weimarer Republik Schwarz-Rot-Gold fest; wir halten an der traditionellen Hauptstadt Berlin fest; wir halten an der einheitlichen Staatsangehörigkeit fest. Das besagen die Anfangsartikel der Verfassung. Wir haben uns bemüht, die Lehren aus der deutschen Geschichte zu ziehen, insbesondere die Lehre aus

den bürgerlich-demokratischen Revolutionen von 1848 und 1918, die nicht zur Bildung eines wahrhaften Nationalstaates auf demokratischer Grundlage führten. Die Herstellung der deutschen Einheit ist nur auf dem Boden der Demokratie möglich, so lautet die erste Feststellung, die wir getroffen haben. Ein deutscher Nationalstaat, der nicht fest im Volke verankert ist, der wie das Reich Wilhelms II. und Hitlers auf einem diktatorischen, über das werktätige Volk herrschenden bürokratischen Staatsapparat aufbaut, steht auf tönernen Füßen und nimmt notwendig Richtung gegen das Volk. Der alte, die Interessen des Monopolkapitals vertretende Staat hat das Volk in die Katastrophe zweier Weltkriege geführt. Nur die feste Verankerung der Staatsgewalt im Volke ist die Gewähr für die Stärke und Lebensfähigkeit der Nation. So ergab sich für uns die Notwendigkeit der Konstituierung und des allseitigen Ausbaus des Grundsatzes der Volkssouveränität. Dieser Grundsatz ist als allgemeines Prinzip im Artikel 3 der Verfassung verankert, der lautet:

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Jeder Bürger hat das Recht und die Pflicht zur Mitgestaltung in seiner Gemeinde, seinem Kreise, seinem Lande und in der Deutschen Demokratischen Republik.

Das Mitbestimmungsrecht der Bürger wird wahrgenommen durch:

Teilnahme an Volksbegehren und Volksentscheiden;

Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechtes;

Übernahme öffentlicher Ämter in Verwaltung und Rechtsprechung.

Jeder Bürger hat das Recht, Eingaben an die Volksvertretung zu richten.

Die Staatsgewalt muß dem Wohl des Volkes, der Freiheit, dem Frieden und dem demokratischen Fortschritt dienen. Die im öffentlichen Dienst Tätigen sind Diener der Gesamtheit und nicht einer Partei. Ihre Tätigkeit wird von der Volksvertretung überwacht.“

Entsprechend dem hier festgelegten Prinzip der Volkssouveränität baut sich auch die Staatsgewalt in diesem Verfassungsentwurf auf. Der Entwurf bekennt sich eindeutig und klar zur parlamentarischen Republik und bemüht sich, diesem Grundsatz gemäß die entscheidende Rolle des Parlamentes, das die Repräsentation des deutschen Volkes selbst ist, konsequent auszubauen.

Die Volksvertretung, Volkskammer genannt, ist das „höchste Organ der Republik“. Sie ist ein wahrhaftes Volksparlament, das unmittelbar aus dem Volke hervorgeht und vom Volke aufgelöst werden kann, wenn es das Vertrauen des Volkes nicht mehr besitzt. Die Volkskammer besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes, die

„in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes auf die Dauer von vier Jahren“

gewählt werden. Das Recht, Abgeordnete aufzustellen, haben alle Vereinigungen, die

„nach ihrer Satzung die demokratische Gestaltung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens der Republik erstreben und deren Organisation das ganze Staatsgebiet umfaßt“,

damit haben also nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die großen Massenorganisationen, wie etwa Gewerkschaften, Frauen- und Jugendverbände, das Recht, ihre Vertretungen für die Volkskammer aufzustellen. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, der das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Die politische Betätigung und Meinungsbildung ist frei. Wir lehnen es aber ab, den wütenden Feinden der Demokratie, dem politischen Verbrechertum, die Freiheit ihrer Entwicklung zu gewähren, wie es in der Weimarer Republik geschah. Hemmungslosigkeit ist keine Freiheit. Wir brauchen keine bloß formale, wir brauchen eine kämpferische Demokratie, eine Demokratie, die sich gegen ihre Feinde zu verteidigen versteht und dazu auch die nötigen Mittel und Organe erhält. Es gibt bestimmte Prinzipien, die zum notwendigen Bestand aller modernen Kultur gehören, und das bedeutsamste dieser Prinzipien ist die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, die Respektierung fremder Völker und Kulturen. Eine Staatsgewalt, die die Verletzung dieser Prinzipien zuließe, würde sich selbst der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen die Kultur schuldig machen. Darum dürfen wir faschistische Tendenzen im politischen Leben unserer künftigen Republik nicht dulden. Parteien oder Gruppierungen, die sich auf

der Grundlage solcher Ideologien bilden, sind nicht nur mit politischen Mitteln zu bekämpfen, sondern sie sind durch die Strafgewalt des Staates zu unterdrücken. Darum bestimmt der Entwurf im Anschluß an den Grundsatz, der die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz festlegt, im Artikel 6 Absatz 2

„Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches“.

Ich sagte bereits: die Demokratie muß eine kämpferische sein. Feinde der Demokratie, welche die Freiheit mißbrauchen, um die Demokratie zu diskreditieren und ihre diktatorischen Gelüste durchzusetzen, haben in der Demokratie keinen Platz. Die Volkskammer, diese Volksvertretung im wahrsten Sinne des Wortes, die berufene Repräsentation der großen demokratischen Parteien und Massenorganisationen, ist nun nicht, wie der „Bundestag“ des Bonner „Grundgesetzes“ zur Machtlosigkeit verdammt. Sie steht auch nicht wie der Reichstag der Weimarer Republik unter der Diktaturgewalt eines Reichspräsidenten, der die Volksvertretung jederzeit auseinanderjagen und auf Grund des Artikels 48 selbstherrlich Gesetze erlassen konnte. Die Volkskammer unseres Entwurfes ist vielmehr der höchste Machtträger im Staate; der souveräne Gestalter des staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, durch nichts beschränkt als durch die Verfassung, die die Rechte des Volkes und jedes Bürgers festlegt. Wir bringen mit diesem Grundsatz der Parlamentshoheit das demokratische Prinzip zum Durchbruch, dessen Verwirklichung weder 1848 noch 1918/1919 in der Weimarer Verfassung gelang. Dieses Scheitern des Parlamentes bedeutete in der Vergangenheit das Versagen der Demokratie. Hätte 1848 die bürgerlich-demokratische Revolution gesiegt, die Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage wäre sichergestellt gewesen, der machtvolle, friedliche deutsche Nationalstaat, von dem die besten Kämpfer von 1848 träumten, wäre entstanden. Hätte 1918 die Arbeiter-

klasse die Macht errungen, hätte es keine Diktatur des Reichspräsidenten, keinen Artikel 48 gegeben. Hindenburg, Papen und Hitler wären nicht möglich gewesen, und eine Handvoll Richter hätte nicht klare Verfassungsbrüche in Verfassungsrechte verwandeln können. Es gibt nur einen Garanten gegen die volksfeindliche Politik der Staatsmacht, und dieser Garant ist das werktätige Volk selbst. Es gibt nur ein Mittel, die Staatsgewalt in den Dienst des Volkes zu stellen – alle Staatsgewalt in die Hände des Volkes zu geben. Das erstreben wir mit der Stellung, die in unserem Entwurf dem Parlament zugewiesen wird.

Darum ist in unserem Entwurf die staatliche Exekutivgewalt, und damit der gesamte Staatsapparat, der Volksvertretung nicht übergeordnet, sondern untergeordnet. Auch die Regierung ist nichts als ein Vertrauensgremium der Volkskammer selbst und wird aus den Vertrauensleuten aller in der Volkskammer vertretenen Parteien und Organisationen zusammengesetzt. Es ist eine der bedeutendsten Bestimmungen des Verfassungsentwurfes, daß jede Fraktion, die die Stärke von 40 Mann erreicht hat, durch die Verfassung zur Mitarbeit in der Regierung verpflichtet wird. Es darf keine verantwortungslose Opposition im Parlament der neuen deutschen Demokratie geben, die ihre ganze Funktion nur darin sieht, Obstruktion zu treiben. Aus dieser Taktik haben bekanntlich die Nazis ihren Kredit gezogen. Es darf sich keine Partei oder Organisation, wenn sie ihre Listen zur Parlamentswahl einreicht, vor der Mitarbeit und Mitverantwortung in der Regierung drücken. Wer in das Parlament einzieht, der muß mitarbeiten, denn die Volksvertretung, die wir schaffen müssen, die selbst alle wichtigen gesetzgebenden, administrativen und auch wirtschaftlichen Entscheidungen trifft und deren Ausführung überwacht, ist ein *arbeitendes* Gremium. Mit der Macht wächst die Verpflichtung und mit der Verpflichtung die Arbeitslast. Darum trägt die Volkskammer einen ganz anderen Charakter als der Reichstag der Weimarer Verfassung, der nicht in dem besten Rufe stand, weil in ihm zu viel geredet wurde. Diese Tatsache hat den Parlamentarismus bei uns in Mißkredit gebracht.



Man redete vom Parlament als der „Schwatzbude“, aber es war nicht nur dieser Mangel des Parlamentes, das den Reichstag der Weimarer Verfassung in solche üble Lage brachte, sondern seine Machtlosigkeit im System dieser Verfassung. Das Parlament der Weimarer Verfassung konnte gegen die allmächtige Staatsbürokratie mit dem Reichspräsidenten an der Spitze, der den Reichstag jederzeit auflösen konnte, nichts ausrichten. Es konnte gegen die Justiz nichts ausrichten, die seinen Gesetzen den Gehorsam verweigerte und deren Rechtsprechung oft ein Hohn auf die Demokratie war. Das Parlament der Weimarer Republik konnte schließlich auch gegen die herrschenden Wirtschaftsmächte nichts ausrichten, weil der Reichspräsident sich schützend vor sie stellte. Die Volkskammer unseres Entwurfes hingegen ist der Träger der höchsten Macht. Die Volkskammer ernennt die Regierung, bestimmt die Richtlinien ihrer Politik und kontrolliert die Regierung in ihrer gesamten staatlichen Tätigkeit. Sie trägt also für die gesamte Regierungstätigkeit die Verantwortung vor dem Volke. Die Volkskammer ernennt weiterhin die Richter des höchsten Gerichts und den höchsten Staatsanwalt und kann sie unter gewissen Voraussetzungen abberufen,

„wenn sie gegen die Verfassung und die Gesetze verstoßen und ihre Pflichten als Richter oder als Staatsanwalt gröblich verletzen“.

Die Volkskammer trägt also für die Rechtsprechung die höchste Verantwortung. Die Volkskammer trägt aber auch die Verantwortung für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik. Der Entwurf bestimmt, daß die Wirtschaft allen „ein menschenwürdiges Dasein“ zu sichern und „dem Wohle des ganzen Volkes und der Deckung seines Bedarfes zu dienen“ habe. Dieses Recht der Bürger wie auch das Recht eines jeden auf Arbeit zu verwirklichen, ist die Aufgabe der Volkskammer. Sie hat zu diesem Zwecke den Wirtschaftsplan aufzustellen und seine Durchführung zu überwachen. So steigt die Volksvertretung zu einer machtvollen Institution empor, zu dem wahrhaften Herrn im Staate und zum souveränen Gestalter des staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaft-

lichen Ganzen. In der Hand der Volksvertretung liegt es, das staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben so zu gestalten, wie es dem Willen der Nation und dem Wohle des Volkes entspricht.

Eine Sonderheit des Entwurfs, die ihn von allen bisherigen deutschen Verfassungen unterscheidet, bedarf noch der besonderen Hervorhebung: die Grundrechte der Bürger und ihre Garantie. Der zweite und zentrale Abschnitt des Entwurfes befaßt sich mit den Grundrechten der Bürger, die – ganz im Gegensatz zu den Grundrechten des Bonner „Grundgesetzes“ – als umfassende Herrschaftsrechte des souveränen Volkes ausgebaut sind.

Sie beginnen mit den persönlichen Grundrechten, das heißt den Rechten der Bürger auf persönliche Freiheit gegenüber der Willkür der Staatsgewalt. Hier ist der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz festgelegt, der Gleichheit der Geschlechter, der persönlichen Freiheit, des Rechts auf freie Meinungsäußerung, des Versammlungsrechts, des Vereinigungsrechts und anderes mehr.

Es folgen auf der nächsten Stufe die sozialen Grundrechte; die Rechte gegenüber wirtschaftlicher Willkür. Hier steht an der Spitze das Koalitionsrecht und das Streikrecht. Es folgt das Recht auf Arbeit, das der Staat durch Wirtschaftslenkung zu sichern hat, das Recht auf Urlaub und Erholung, auf Versorgung bei Krankheit und im Alter, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie der Produktion, sodann setzt die Verfassung die Grundsätze für ein einheitliches Arbeitsrecht fest.

Aber auch diese sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte des einzelnen können nur dann verwirklicht werden, wenn die Wirtschaft als Ganzes in der Hand der Nation, der deutschen Menschen liegt und nicht ausländische Monopolisten über sie das höchste Bestimmungsrecht haben. Darum legt der Entwurf die Kontrolle über die Wirtschaft und die Aufgabe der höchsten Wirtschaftsgestaltung in die Hand der Volksvertretung. Sie hat das Recht der Wirtschaftsplanung und der Wirtschaftslenkung. Sie hat ferner

das Recht der Nationalisierung von Industriezweigen, wenn es das Interesse des deutschen Volkes erheischt.

Die weiteren Abschnitte der Grundrechte behandeln „Familie und Mutterschaft“. Ausführlich werden die Fragen der Erziehung und Bildung behandelt. Hier ist das Recht jedes Bürgers auf Bildung und auf die freie Wahl seines Berufes festgelegt. Schließlich werden „Religion und Religionsgemeinschaften“ behandelt.

„Alle Bürger genießen Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.“

Die Religionsgemeinschaften behalten die privilegierte Stellung, die sie bisher in Deutschland hatten.

Die Prüfung aller dieser Bestimmungen zeigt den Geist einer wahrhaften Toleranz, die es den Vertretern der widerstrebendsten Interessen innerhalb des Deutschen Volksrates ermöglichte, den Entwurf einstimmig anzunehmen, und ich wüßte nicht, warum im Geiste dieser Toleranz eine Verständigung mit unseren Landsleuten im Westen nicht auch möglich sein sollte. Alle diese Grundrechte der Bürger und des Volkes, sosehr sie im einzelnen auch denen der Weimarer Verfassung ähneln mögen, sind in einem von dieser Verfassung doch grundlegend verschieden: sie haben reale Garantien, während die Grundrechte der Weimarer Verfassung in der Luft hingen. Das Neuartige des Verfassungsentwurfes besteht darin, daß die Grundrechte der Bürger und des Volkes zum Inhalt der Staatsgewalt selbst erhoben sind. So heißt es im Artikel 4:

„Alle Maßnahmen der Staatsgewalt müssen den Grundsätzen entsprechen, die in der Verfassung zum Inhalt der Staatsgewalt erklärt sind.“

Verläßt die Staatsgewalt den Boden der Verfassung, oder weigert sie sich, die Verfassung durchzuführen, so tritt das heilige Recht des Volkes auf Widerstand gegen die Machtusurpatoren und Willkür in Kraft, denn es heißt in dem Entwurf ausdrücklich:

„Gegen Maßnahmen, die den Beschlüssen der Volksvertretung widersprechen, hat jedermann das Recht und die Pflicht zum Widerstand.“

So tritt die Hoheit – die Souveränität – des Volkes selbst her-

vor. So finden auch Verfassung und Grundrechte ihre reale Verankerung. Auf die reale Verankerung einer Verfassung in den realen gesellschaftlichen Zuständen eines Volkes aber kommt es an.

*Politische Formen können nicht beliebig wie Etiketten auf eine Weinflasche aufgeklebt werden. Politische Formen sind nichts als der notwendige und eigentümliche Ausdruck, den sich reale tatsächliche Lagen geben.*

Schaffen wir eine Verfassung, die den innersten Interessen unseres Volkes entspricht, dem Drang nach einem freien, friedlichen, aufbauenden Leben, nach Teilnahme des Volkes an der Gestaltung seines eigenen Staates und seiner Gemeinschaft. Geben wir unserem Volk selbst die Staatsmacht, legen wir die Verwirklichung eines solchen Lebens in seine Hand, sagen wir dem verfluchten Untertanengeist, der alle Aktivität und Lebensfreude erstickt, unseren erbarmungslosen Kampf an, dann mag uns um die Verwirklichung dieser Verfassung und um die Wiedergeburt des deutschen Volkes zu einer freien, friedlichen und in der Welt geachteten Nation nicht mehr bange sein.

Möge Deutschland nie glauben, daß man in eine neue Periode des Lebens treten könne ohne ein neues Ziel. Möge es bedenken, daß wirkliches Leben von *unten*, nicht von *oben* her wächst, daß es erworben, aber nicht gegeben wird, auch nicht von Militärgouverneuren. Wir stehen an einem Kreuzweg des deutschen Volkes. Auf dem Wege hinter uns liegen noch die dunklen Nachschatten der erbärmlichen Hitlerzeit mit ihren Strömen von Blut und Tränen. Diesen Irrweg muß Deutschland endlich und für immer verlassen. Wohin führen die anderen Wege? Der Weg der Apathie und der politischen Gleichgültigkeit gegen unseren nationalen Notstand führt uns auf ein politisches Niemandsland, auf ein Sumpfgelände, das uns nur noch erlaubt, auf der Stelle zu treten, bis wir erbarmungslos in unserem eigenen Unglück versinken und ersticken. Können wir diesen Weg gehen? Nein, wir können ihn nicht gehen, wir dürfen ihn nicht gehen, und wir werden ihn nicht gehen. Wir wollen nicht sterben, sondern wir wollen leben! Der zweite Weg führt uns unter die Botmäßigkeit west-

licher fremder Militärgouverneure, die nur die Interessen ihres Landes, aber nicht Deutschlands vertreten. Dieser Weg führt uns in die Schuld knechtschaft von Wallstreet, raubt uns unsere Selbstbestimmung und macht uns zu willenlosen Kolonialsklaven. Können wir diesen Weg gehen? Nein, wir können ihn nicht gehen, wir dürfen ihn nicht gehen, und wir werden ihn nicht gehen. So bleibt uns nur noch ein Weg, der letzte Weg. Er ist für uns aber auch gleichzeitig der Ausweg. Der Ausweg, weil er nach vorn führt, ins Helle, in eine lichtere und bessere Zukunft. Dieser Ausweg führt aber nicht nur nach vorn, sondern auch nach oben. Gewiß, der Aufstieg ist schwer. Wir haben nicht viel mehr in unserem Gepäck als unseren Mut und unser Selbstvertrauen. Aber am Ende des Weges wird ein freies, friedliebendes und – wenn auch vielleicht noch im Anfang in bescheidenen Grenzen – wieder wohlhabendes Volk stehen. Können wir diesen Weg gehen? Ja, wir können ihn gehen, wir müssen ihn gehen, und wir werden ihn gehen! Unsere Hand bleibt auf diesem Wege jedem entgegen gestreckt, der mit uns gemeinsam zur Einheit Deutschlands, zu einem gerechten Frieden und zu einem besseren Leben will. Unser Verfassungsentwurf aber soll uns als ein Wegzeichen leuchten, weil sich unter seinem Wirken und Walten auch für Deutschland eine wahrhafte Demokratie, Einheit, Frieden, Freiheit und Wohlstand entfalten werden.

## Stellungnahme zur Pariser Außenministerkonferenz

22. Juni 1949

Das Ergebnis der Beratungen der Außenminister in Paris bringt dem deutschen Volke weder die wirtschaftliche noch die politische Einheit. Der Kampf um die Herstellung der deutschen Einheit bleibt daher die Aufgabe des deutschen Volkes. Die von den Außenministern eingegangene Verpflichtung, die Bemühungen um die Regelung der deutschen Frage fortzusetzen, ist ein Schlag gegen die kriegstreiberischen Elemente und wird von allen Friedensfreunden begrüßt werden. Das deutsche Volk darf sich aber durch die in Aussicht genommenen erneuten Verhandlungen der Besatzungsmächte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Grundlage für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands vom deutschen Volke selbst geschaffen werden muß.

Der Ausgang der Pariser Konferenz ist eine Aufforderung an alle national gesinnten Frauen und Männer unseres Volkes, in der Lebensfrage des deutschen Volkes, nämlich seiner Einheit, unbeschadet der parteipolitischen Gebundenheit und der Weltanschauung zusammenzustehen. Die Antwort des deutschen Volkes auf Paris muß darin bestehen, daß in allen Teilen Deutschlands eine breite Nationale Front gebildet und zum lebendigen Bestandteil des politischen Lebens unseres Volkes gemacht wird.

Unbeschadet des nationalen Kampfes um die Einheit stellt das Pariser Abkommen die politischen Kräfte unseres Volkes vor neue politische Entscheidungen. Die Entwicklung des Handels zwischen allen deutschen Besatzungsgebieten muß zu einer vordringlichen Angelegenheit aller deutschen Wirtschaftsstellen werden. Es darf

nicht dahin kommen, daß der Warenaustausch zwischen den Westzonen und der Ostzone einer Mitwirkung der von den Westmächten eingerichteten Außenhandelsstelle, der JEIA, unterliegt. Es handelt sich weder für die Westzonen noch für die Ostzone um die Entwicklung eines Außenhandels, sondern um die Wiederherstellung der alten binnenwirtschaftlichen Beziehungen, es ist also eine rein innerdeutsche Angelegenheit.

Das Ziel des Warenaustausches muß darauf gerichtet sein, die deutschen Wirtschaftsbedürfnisse mit deutscher Ware zu befriedigen. Durch den Austausch deutscher Waren muß die deutsche Industrie gefördert und die Arbeitskraft unseres Volkes zur vollen Ausnutzung gebracht und dadurch die steigende Arbeitslosigkeit im Westen Deutschlands beseitigt werden. Die Pariser Regelung sieht vor, daß deutsche Organisationen hinzugezogen werden *können*, um die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen den Westzonen und der Ostzone zu entwickeln. Wir fordern, daß die deutschen Organisationen gehört werden *müssen*, und weiter, daß die Mitarbeit der deutschen Organisationen nicht nur auf die einzelne *Zone* beschränkt bleibt, sondern sich auf *ganz Deutschland* erstreckt.

Da im Punkt 2 des Viermächteabkommens gesagt ist:

„Die Besatzungsbehörden werden im Sinne der Absichten der Außenminister ihre Anstrengungen fortsetzen, um die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und der politischen Einheit Deutschlands vorzubereiten“<sup>1</sup>,

müssen wir es bedauern und verurteilen, daß die Wahlen zum Bundestag des westdeutschen Separatstaates weiterbetrieben werden. Das Interesse unseres Volkes gebietet die Einstellung aller Maßnahmen, die praktisch die Fortsetzung der von den Westmächten betriebenen Spaltungspolitik bedeuten. An die Stelle der Bonner Spaltungsarbeit muß der nationale Kampf unseres Volkes treten, der heute dringender noch als zuvor zu *der* geschichtlichen Aufgabe geworden ist, die unser Volk lösen muß, wenn es seine Zukunft sichern will.

<sup>1</sup> „Neues Deutschland“ vom 21. Juni 1949.

## Nationale Front – Antwort auf Deutschlands Zerreißung

*Juli 1949*

### *Von London bis Paris*

Seit der Sprengung der Londoner Außenministerkonferenz durch den früheren amerikanischen Außenminister Marshall im Dezember 1947 schien der Weg zu einer Verständigung der alliierten Mächte über das Deutschlandproblem versperrt zu sein. Nach dem Scheitern der Londoner Außenministerberatungen trafen die westlichen Besatzungsmächte eine Reihe von Maßnahmen, die immer eindeutiger die Föderalisierung, die Zerreißung Deutschlands als das Ziel ihrer Deutschlandpolitik erkennen ließen. Das amerikanische Monopolkapital geht denselben Weg, wie ihn der deutsche Imperialismus gegangen ist. Es fordert für sich volle Freiheit zur Ausbeutung der Werktätigen in allen Ländern. Seine Interessen jagen es zum Kampf gegen die fortschrittlichen Kräfte des eigenen Landes wie gegen die fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt. Der amerikanische Imperialismus weiß sehr gut, daß der wahre Freiheitskampf der Arbeiterklasse, der Kampf für eine von Ausbeutung freie klassenlose Gesellschaft, zugleich ein Kampf um Sein oder Nichtsein des Monopolkapitals ist.

Der gemeinsame Kampf der westlichen Alliierten und der Sowjetunion gegen den aggressiven deutschen Imperialismus verwandelte sich nach der Niederlage Hitlerdeutschlands in eine Frontstellung des amerikanischen Imperialismus gegen die Sowjetunion und gegen jede freiheitliche und demokratische Entwicklung. An die Stelle einer Verständigung der westlichen Mächte mit der Sowjetunion über das wichtigste Nachkriegsproblem, die



Deutschlandfrage, trat die Politik der Abkehr von den in Jalta und Potsdam gemeinsam eingegangenen Verpflichtungen. Während Potsdam die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und die Errichtung eines einheitlichen entmilitarisierten und demokratischen deutschen Staates vorsah, ging die Politik der westlichen Alliierten unter der Initiative der USA dazu über, die westdeutschen Besatzungszonen ganz systematisch zu einem separaten Staatsgefüge zusammenzufassen. Über die Bizone führte der Weg zunächst zur Bildung des Wirtschaftsrates in Frankfurt am Main, dann enthüllte die Bekanntgabe des Marshallplans die Konzeption des amerikanischen Imperialismus. Sie läuft darauf hinaus, mit dem Mittel staatlich gelenkten Kapital-exports weite Gebiete der Welt in Abhängigkeit zu bringen. Die Politik der UNO – also einer internationalen friedlichen Zusammenarbeit – wurde preisgegeben. Statt dessen wurden jene Staaten zu einer Blockbildung zusammengefaßt, die zum Bündnis mit dem amerikanischen Monopolkapitalismus bereit waren.

Wer A sagt, sagt auch B, und so zog der Marshallplan den Atlantikpakt nach sich. Alle Welt konnte erkennen, daß der amerikanische Imperialismus seine Anstrengungen nicht auf eine Friedensregelung, sondern auf die Vorbereitung erneuter kriegerischer Auseinandersetzungen richtete. Nicht einer der militärischen Stützpunkte, die während des Hitlerkrieges von den USA übernommen wurden, ist nach der Zerschlagung des Hitlerstaates aufgegeben worden. Im Gegenteil, die USA bauten ihren militärischen Apparat aus, während doch nach der Niederschlagung der faschistischen Kräfte in Deutschland und nach der Verständigung der Alliierten in Potsdam auch die eigene Abrüstung das vernünftige Gebot der Stunde sein mußte. Die Rüstungsausgaben in den USA übertrafen dagegen alles bisher Dagewesene, in der gleichen Zeit, in der die Sowjetunion ihren Rüstungsetat herabsetzte.

Aus dieser Situation erklärt sich auch der zunehmende Einfluß politisierender amerikanischer Generäle, der sich dann in der Deutschlandfrage wiederholt verhängnisvoll ausgewirkt hat. Das amerikanische Diktat der „Londoner Empfehlungen“ – selbst

gegen den Widerstand englischer und französischer Kreise, die wenig Neigung zeigten, die Oberhoheit des amerikanischen Imperialismus anzuerkennen –; die Durchführung der einseitigen Währungsreform mit ihren verschärfenden Begleiterscheinungen in Berlin; die verschleierte Annexion des Ruhrgebietes und die westlichen „Grenzregulierungen“; die Anordnung eines Besatzungsstatuts und die Oktroyierung der Bonner Separatverfassung – das sind die entscheidenden Stationen einer Politik, die nicht das Wohl des deutschen Volkes im Auge hat, sondern die lediglich von den Interessen des anglo-amerikanischen Monopolkapitals geleitet wird. Die kalte Annexion ist der kalte Krieg. Wenn jetzt in Paris auf Anregung der Sowjetunion der Außenministerrat erneut den Versuch macht, das deutsche Problem zu lösen, dann sind diese Bemühungen von vornherein durch die Fülle einseitiger Maßnahmen, die einen glatten Bruch mit dem Potsdamer Abkommen bedeuten, belastet.

Daß es überhaupt zu dieser erneuten Beratung der Außenminister der alliierten Mächte gekommen ist, kann nicht zuletzt auf die nachhaltige Wirkung der Friedensbewegung zurückgeführt werden, die in der ganzen Welt eine stets wachsende Unterstützung der Völker findet. Die im Namen von über 600 Millionen Menschen durchgeführte Friedensdemonstration in Paris und die diesjährigen Maiveranstaltungen, die Millionen von Werktätigen aller Länder im Kampf für den Frieden vereinten, haben den Kriegshetzern gezeigt, daß die Völker nicht mehr gewillt sind, sich für die Interessen des Monopolkapitals mißbrauchen zu lassen. Die Werktätigen aller Länder werden sich schützend vor die Sowjetunion und die Volksdemokratien stellen. Sie werden nicht zulassen, daß die Profitgier des Monopolkapitals die Welt erneut in einen Kriegsschauplatz verwandelt. Sie haben erkannt, daß der Kampf gegen das Monopolkapital verstärkt weitergeführt und zum Erfolg gebracht werden muß, da ohne die Überwindung der Macht des Monopolkapitals in Amerika und anderen Ländern weder eine friedliche noch eine demokratische Entwicklung der Welt gesichert ist.

## Die Pariser Verhandlungen

Die Pariser Verhandlungen lassen uns hoffen, daß trotz gegensätzlicher Interessen wenigstens dem kalten Krieg ein Ende gemacht und die Gefahr des drohenden Überganges zum heißen Krieg gebannt wird. Natürlich kann nicht vorausgesagt werden, durch welche konkreten Regelungen eine solche Entspannung der Lage herbeizuführen ist. Die bisherigen Erklärungen des amerikanischen Außenminister Acheson haben gezeigt, daß die westlichen Alliierten nicht gewillt sind, den Vorschlag der Sowjetunion zu akzeptieren, der die Bildung eines deutschen Staatsrates aus den Vertretern der Wirtschaftsorgane aller Besatzungszonen mit der Aufgabe der Entwicklung der staats- und wirtschaftspolitischen Einheit Deutschlands vorsieht. Der amerikanische Korrespondent der Stuttgarter „Wirtschafts-Zeitung“, Heinz Paechter, hat sicher nicht unrecht, wenn er kürzlich ausführte:

„Das State Department hat sich im letzten Jahr allzusehr daran gewöhnt, die Teilung Deutschlands als eine vollendete Tatsache anzusehen, an der nicht mehr zu rütteln sei.“<sup>1</sup>

Wenn Paechter diesen Ausführungen noch hinzufügt, daß „vom amerikanischen Standpunkt aus... der Fehler von Potsdam... in der Auslieferung Ostdeutschlands an die Machtsphäre der Russen“

bestehe<sup>2</sup>, dann deckt sich das völlig mit den von den USA in Paris gemachten Vorschlägen, nämlich das Besatzungsstatut einfach auf ganz Deutschland auszudehnen und dadurch mit einem Schlage die fortschrittlichen Maßnahmen in der sowjetischen Besatzungszone zu beseitigen, die naturgemäß den Monopolherren und Junkern keine Ruhe lassen. Nach der „Times“ sind die Westmächte mit zwei verschiedenen Plänen in die Pariser Verhandlungen eingetreten, von denen der eine, nämlich der Vorschlag, das Besatzungsstatut und die Bonner Verfassung auf die sowjetische Be-

<sup>1</sup> Heinz Paechter, „Konferenz im Schatten Deutschlands. Die amerikanische Position in Paris“; „Wirtschafts-Zeitung“ vom 28. Mai 1949.

<sup>2</sup> Ebenda.

satzungszone auszudehnen, nur akademisches Interesse besitze. Der zweite Plan würde dagegen nach der „Times“ die Verschiedenheiten der politischen Systeme als Tatsache hinnehmen und sich darauf beschränken, eine zentrale Wirtschaftsbehörde zu bilden, deren Aufgabe es sei, Handel, Transport und Verkehrswesen zu koordinieren.

Vom deutschen Volke wird jeder Schritt, der die Aufspaltung Deutschlands abschwächt und an die deutsche Einheit heranführt, begrüßt werden. Natürlich wird der Kampf um die Einheit und einen gerechten Frieden erst dann beendet sein, wenn das deutsche Volk seinen souveränen einheitlichen demokratischen Staat besitzt und eine gerechte Friedensregelung die freundschaftliche Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Völkern verbürgt.

### *Der 3. Deutsche Volkskongreß*

Es ist kein Zufall, daß der 3. Deutsche Volkskongreß kurz nach Beginn der Pariser Beratungen zusammentrat, um zu den grundlegenden Fragen der deutschen Politik Stellung zu nehmen. Die im Deutschen Volkskongreß vereinten Kräfte des ganzen deutschen Volkes sind sich darüber im klaren, daß der weitere Verlauf unseres Kampfes für Einheit und gerechten Frieden in entscheidendem Maße davon abhängt, daß die Mehrheit unseres Volkes in allen Teilen Deutschlands diesen Kampf nach Kräften unterstützt. Deutschlands Einheit und die geforderte Friedensregelung sind schließlich in erster Linie eine Angelegenheit des deutschen Volkes selbst.

Bei der Zielsetzung unserer nationalen Politik muß davon ausgegangen werden, daß die Ergebnisse der aggressiven Politik des deutschen Imperialismus dem deutschen Volke eine Reihe von Verpflichtungen auferlegen, deren Erfüllung unter allen Umständen gewährleistet sein muß. Zu diesen Verpflichtungen gehören die Wiedergutmachung, die Entnazifizierung und Entmilitarisierung, die Bestrafung der Kriegsverbrecher und die Durchführung einer

umfassenden Bodenreform sowie eine wirkliche Demokratisierung unserer gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse. Ohne konkrete Maßnahmen, die eine Garantie dafür bieten, daß sich künftig die deutsche Politik von jeder Aggression frei hält, ist ein einheitliches Deutschland nicht zu verwirklichen.

Die Wähler der Delegierten zum 3. Deutschen Volkskongreß haben ihre Ja-Stimmen nicht nur für die Einheit Deutschlands schlechthin, sondern für die deutsche Einheit auf der Grundlage einer demokratischen Politik abgegeben. Die 8 Millionen Ja-Stimmen sehen in einer antifaschistisch-demokratischen Entwicklung die Basis, auf der sich die friedlichen Kräfte unseres Volkes voll entwickeln können und die den anderen Völkern die Garantie gibt, daß die einheitliche Kraft des deutschen Volkes nie wieder für aggressive Zwecke mißbraucht wird. Wenn 4 Millionen Wähler der sowjetischen Besatzungszone die Wahl der Volkskongreßdelegierten ablehnten, dann zeigte diese Stimmenzahl lediglich, daß die vom Nazismus hergekommene Primitivität des politischen Denkens noch nicht überwunden ist und ferner, daß die Bemühungen der Agenten des anglo-amerikanischen Monopolkapitals, aus den Schwierigkeiten und Nöten unserer Zeit Kapital zu schlagen, noch Erfolg gehabt haben.

Die Wahlergebnisse zeigten, daß die Nein-Stimmen überwiegend aus dem Lager der bürgerlichen Mittelschichten stammen. Es sind jene Kräfte, die früher Hitler hemmungslos nachliefen und heute die Blockpolitik als Tarnung benutzen, um eine doppelzüngige Politik zu betreiben. Es gibt auch einige Politiker, die nach außen hin den Volkskongreß propagieren und glauben, so getarnt, zersetzende Arbeit leisten zu können. Sie werden sich vor dem Volk selbst demaskieren. Die notwendige Stärkung der vom Deutschen Volkskongreß entwickelten Nationalen Front erfordert, daß die bürgerlichen Blockparteien diesen Erscheinungen ernsthaft nachgehen und mit aller Rücksichtslosigkeit den Doppelzünglern das Handwerk legen.

Unsere Gegner machen den Versuch, das Ergebnis der Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß zu verfälschen. An Hand er-

logener Berichte behaupten sie, daß die Wahlergebnisse falsch wiedergegeben worden seien. Der ganze Zweck dieser Lügenpropaganda soll von der Tatsache ablenken, daß zwei Drittel der Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone den Delegierten des Deutschen Volkskongresses das Mandat zur Entscheidung über die deutsche Zukunft erteilt haben. Die Helfershelfer der Feinde der deutschen Einheit wollen jetzt vertuschen, daß ihre ursprüngliche Behauptung, nach dem Muster der Nazizeit würden die Wahlen gefälscht werden und 98 Prozent Ja-Stimmen wären von vornherein festgelegt, durch den Wahlverlauf völlig widerlegt wurde. Sie wollen aber auch von der Tatsache ablenken, daß in den westlichen Besatzungszone ein nicht vom deutschen Volke gewähltes, sondern aus der Gewalt der westlichen Militärgouverneure gebornes Parlament entscheidende Beschlüsse über die Zukunft Deutschlands faßt. Die Bevölkerung der westlichen Besatzungszone erhält überhaupt keine Gelegenheit, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob sie dem Besatzungsstatut und der damit verbundenen unbefristeten Fortdauer des Besatzungsregimes den Vorzug vor der Einheit Deutschlands und einer Friedensregelung geben will.

Das Geschrei der dem anglo-amerikanischen Monopolkapital dienenden Presse darf niemand verwirren. In der sowjetischen Besatzungszone hat die Bevölkerung frei wählen können. Acht Millionen Frauen und Männer haben der Politik des Deutschen Volkskongresses ihre Zustimmung ausgesprochen. In den anderen Besatzungszone wartet die Bevölkerung heute noch vergeblich auf eine Möglichkeit, in einer freien Wahl zu der Spaltungspolitik der Westmächte Stellung nehmen zu können. In den westlichen Besatzungszone und in den westlichen Sektoren Berlins gestatteten die Militärregierungen nicht einmal die Durchführung der Wahl der Delegierten und ihre Reise zum Deutschen Volkskongreß. Wenn trotz all dieser Schwierigkeiten mehr als 600 Vertreter aus Westdeutschland auf dem Volkskongreß erschienen und ihr Bekenntnis zur deutschen Einheit ablegten, dann zeigt uns dieser Vorgang, daß sich die nationale Bewegung in den westlichen Besatzungszone gut entwickelt.

umfassenden Bodenreform sowie eine wirkliche Demokratisierung unserer gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse. Ohne konkrete Maßnahmen, die eine Garantie dafür bieten, daß sich künftig die deutsche Politik von jeder Aggression frei hält, ist ein einheitliches Deutschland nicht zu verwirklichen.

Die Wähler der Delegierten zum 3. Deutschen Volkskongreß haben ihre Ja-Stimmen nicht nur für die Einheit Deutschlands schlechthin, sondern für die deutsche Einheit auf der Grundlage einer demokratischen Politik abgegeben. Die 8 Millionen Ja-Stimmen sehen in einer antifaschistisch-demokratischen Entwicklung die Basis, auf der sich die friedlichen Kräfte unseres Volkes voll entwickeln können und die den anderen Völkern die Garantie gibt, daß die einheitliche Kraft des deutschen Volkes nie wieder für aggressive Zwecke mißbraucht wird. Wenn 4 Millionen Wähler der sowjetischen Besatzungszone die Wahl der Volkskongreßdelegierten ablehnten, dann zeigte diese Stimmenzahl lediglich, daß die vom Nazismus hergekommene Primitivität des politischen Denkens noch nicht überwunden ist und ferner, daß die Bemühungen der Agenten des anglo-amerikanischen Monopolkapitals, aus den Schwierigkeiten und Nöten unserer Zeit Kapital zu schlagen, noch Erfolg gehabt haben.

Die Wahlergebnisse zeigten, daß die Nein-Stimmen überwiegend aus dem Lager der bürgerlichen Mittelschichten stammen. Es sind jene Kräfte, die früher Hitler hemmungslos nachliefen und heute die Blockpolitik als Tarnung benutzen, um eine doppelzüngige Politik zu betreiben. Es gibt auch einige Politiker, die nach außen hin den Volkskongreß propagieren und glauben, so getarnt, zersetzende Arbeit leisten zu können. Sie werden sich vor dem Volk selbst demaskieren. Die notwendige Stärkung der vom Deutschen Volkskongreß entwickelten Nationalen Front erfordert, daß die bürgerlichen Blockparteien diesen Erscheinungen ernsthaft nachgehen und mit aller Rücksichtslosigkeit den Doppelzünglern das Handwerk legen.

Unsere Gegner machen den Versuch, das Ergebnis der Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß zu verfälschen. An Hand er-

logener Berichte behaupten sie, daß die Wahlergebnisse falsch wiedergegeben worden seien. Der ganze Zweck dieser Lügenpropaganda soll von der Tatsache ablenken, daß zwei Drittel der Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone den Delegierten des Deutschen Volkskongresses das Mandat zur Entscheidung über die deutsche Zukunft erteilt haben. Die Helfershelfer der Feinde der deutschen Einheit wollen jetzt vertuschen, daß ihre ursprüngliche Behauptung, nach dem Muster der Nazizeit würden die Wahlen gefälscht werden und 98 Prozent Ja-Stimmen wären von vornherein festgelegt, durch den Wahlverlauf völlig widerlegt wurde. Sie wollen aber auch von der Tatsache ablenken, daß in den westlichen Besatzungszonen ein nicht vom deutschen Volke gewähltes, sondern aus der Gewalt der westlichen Militärgouverneure geborenes Parlament entscheidende Beschlüsse über die Zukunft Deutschlands faßt. Die Bevölkerung der westlichen Besatzungszonen erhält überhaupt keine Gelegenheit, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob sie dem Besatzungsstatut und der damit verbundenen unbefristeten Fortdauer des Besatzungsregimes den Vorzug vor der Einheit Deutschlands und einer Friedensregelung geben will.

Das Geschrei der dem anglo-amerikanischen Monopolkapital dienenden Presse darf niemand verwirren. In der sowjetischen Besatzungszone hat die Bevölkerung frei wählen können. Acht Millionen Frauen und Männer haben der Politik des Deutschen Volkskongresses ihre Zustimmung ausgesprochen. In den anderen Besatzungszonen wartet die Bevölkerung heute noch vergeblich auf eine Möglichkeit, in einer freien Wahl zu der Spaltungspolitik der Westmächte Stellung nehmen zu können. In den westlichen Besatzungszonen und in den westlichen Sektoren Berlins gestatteten die Militärregierungen nicht einmal die Durchführung der Wahl der Delegierten und ihre Reise zum Deutschen Volkskongreß. Wenn trotz all dieser Schwierigkeiten mehr als 600 Vertreter aus Westdeutschland auf dem Volkskongreß erschienen und ihr Bekenntnis zur deutschen Einheit ablegten, dann zeigt uns dieser Vorgang, daß sich die nationale Bewegung in den westlichen Besatzungszonen gut entwickelt.

Der 3. Deutsche Volkskongreß zeigte in seinem Verlauf eine völlige Übereinstimmung in der Beurteilung der politischen Verhältnisse und der sich daraus ergebenden Aufgaben. Schon im November vorigen Jahres hatte sich das Präsidium des Deutschen Volksrates an die Regierungen der alliierten Mächte gewandt und um die unverzügliche Einberufung des Außenministerrates ersucht, damit endlich der Friedensvertrag mit Deutschland beraten und eine Friedenskonferenz durchgeführt wird. Den Regierungen wurde vorgeschlagen, einen Friedensvertrag auf der Grundlage der Beschlüsse von Jalta und Potsdam auszuarbeiten, die administrative und wirtschaftliche Einheit Deutschlands herzustellen, die Währungseinheit für ganz Deutschland wieder einzuführen und alle Wirtschafts- und Verkehrsschranken aufzuheben, eine vorläufige zentrale demokratische Regierung aus Vertretern der demokratischen Parteien und Organisationen zu bilden und eine Friedenskonferenz einzuberufen, an der die vorläufige demokratische Regierung Deutschlands teilnehmen sollte. Das Präsidium des Deutschen Volksrates erkannte ausdrücklich die Verpflichtung an, daß das deutsche Volk Reparationen unter Wahrung eines gesicherten mittleren Lebensstandards leisten müsse. Die Gesamtforderung dieser Reparationen sollte unter Anrechnung aller bereits geleisteten Lieferungen oder Zahlungen festgestellt werden. Der Volksrat hielt die endgültige Liquidierung des Kriegspotentials besonders der Rüstungsindustrie und die Entmilitarisierung und Demokratisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens in Deutschland für unerläßlich und erkannte ebenso die Notwendigkeit an, die Kriegsverbrecher und die Verbrecher gegen die Menschlichkeit endlich in allen Teilen Deutschlands ihrer Strafe zuzuführen. Schließlich erklärte sich der Volksrat für die Schaffung einer Verfassung, die die demokratische Gestaltung eines unabhängigen nationalen Lebens ganz Deutschlands gewährleistet. Der Produktion für friedliche Zwecke gelte es freie Entwicklung einzuräumen.

Der 3. Deutsche Volkskongreß hat sich die den alliierten Mächten übermittelten Vorschläge des Deutschen Volksrates zu eigen gemacht. Er beschloß, diese Vorschläge der Pariser Außenministerkonferenz zu unterbreiten und darum zu ersuchen, daß der Außenministerrat eine Delegation des Deutschen Volkskongresses anhört. Es ist auf das tiefste zu bedauern, daß der Schritt des Deutschen Volkskongresses lediglich die Unterstützung des Vertreters der Sowjetunion gefunden hat, während die Vertreter der westlichen Besatzungsmächte die Anhörung der Delegation abgelehnt haben. Es zeigt sich hier wieder einmal, was die vielgepriesene Freiheit und Toleranz der westlichen Demokratien in Wirklichkeit bedeutet. Diese westliche Demokratie will es nicht zulassen, daß sich die Vertreter der verschiedensten Parteien aller Besatzungszonen Deutschlands an einen Tisch setzen, um darüber zu beraten, was zur Verwirklichung der deutschen Einheit geschehen könnte. Die westlichen Demokratien verfolgen die Volkskongreßbewegung und geben sich dabei der trügerischen Hoffnung hin, daß Verbote und Verhaftungen die nationale Bewegung für die Einheit Deutschlands und für einen gerechten Frieden aufhalten könnten.

Eine echte nationale Bewegung wird durch keinerlei Zwangsmaßnahmen abgewehrt werden können. Der Deutsche Volkskongreß vereinigt die Vertreter aller Parteien und aller Berufsschichten. Auf ihm waren die Anhänger der verschiedensten Weltanschauungen und Glaubensbekenntnisse aus allen Teilen Deutschlands anwesend. Sie alle einte die Sorge um den Frieden und die Einheit Deutschlands. In dieser nationalen Grundfrage darf es für niemand einen unüberbrückbaren Gegensatz geben. *Die Bildung der Nationalen Front für Einheit und Frieden durch den 3. Volkskongreß war das Gebot der Stunde.* Aus der Spaltung Deutschlands kommt die Bedrohung des Friedens. Die Kriegsgefahr aber berührt jeden Deutschen. Sie gefährdet den Arbeitsplatz und den Bauernhof. Ob Arbeiter oder Bauer, ob Handwerker oder Fabrikant, ob Kaufmann oder Geistesschaffender, alle sind durch ein gemeinsames Interesse an der Einheit Deutsch-



lands verbunden und gehören daher in die Nationale Front. Mit dem Appell zum gemeinsamen Kampf für ein einheitliches, unabhängiges und freies Deutschland, für den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungsmächte schließt das Manifest des 3. Deutschen Volkskongresses, dem die Delegierten einmütig zustimmten.

Der bedeutsame Beschluß des Volkskongresses über die Bildung der Nationalen Front führt zu der unabweisbaren Feststellung, daß erst die Volkskongreßbewegung und die aufopferungsvolle Arbeit des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien und aller demokratischen Massenorganisationen diesen Beschluß ermöglicht haben. Für alle imperialistischen Kreise, die das deutsche Volk in koloniale Abhängigkeit bringen und Deutschlands Einheit verhindern wollen, muß die Bildung der Nationalen Front von ernster Bedeutung und eine Warnung sein. Dabei ist es notwendig klarzustellen, daß die Nationale Front nichts mit Nationalismus oder Chauvinismus zu tun hat. Die Nationale Front will für ihr eigenes Volk nur, was ihm die Alliierten selbst in Potsdam einmütig zugebilligt haben. Sie will Verständigung und Freundschaft mit allen anderen Völkern der Erde. Sie bekämpft jede Kriegstreiberei und fühlt sich verbunden mit den Friedenskräften der Welt, deren wachsende Stärke in den Weltfriedenskongressen und im Widerstand gegen den Atlantikpakt zum Ausdruck kommt.

Die Nationale Front Deutschlands will nur das Leben des eigenen Volkes, aber nichts gegen den Bestand oder das Leben eines anderen Volkes. Eine solche im höchsten Maße ethische Zielsetzung hat noch immer im Leben der Völker gesiegt. Sie wird auch in der Zukunft eines friedlichen Deutschlands erfolgreich sein. Nach der Zustimmung des Deutschen Volksrates zu dem Entwurf der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik war es nunmehr die Aufgabe des Deutschen Volkskongresses, über diesen Entwurf zu beschließen. Über die eingehende Beratung des Entwurfes, über die in aller Öffentlichkeit geführte breite Diskussion, über die mehr als 15 000 Entschließungen von Partei-

organisationen und sonstigen Institutionen und über die Einmütigkeit der Zustimmung aller Parteien zu dem Entwurf ist bereits wiederholt berichtet worden. Mit dem Verfassungsentwurf wird eine ganz konkrete Stellung innerhalb der politischen Kämpfe um Deutschland bezogen. Er erhebt den Anspruch auf ein selbständiges demokratisches Staatswesen und zeigt den Weg, auf dem das deutsche Volk emporsteigen kann zu einer friedfertigen und souveränen Nation.

Der Weg zur Schaffung eines souveränen nationalen Staatswesens kann dem deutschen Volke auf die Dauer von niemandem verlegt werden. Der Entwurf und seine Aufnahme in der Bevölkerung zeigen der ganzen Welt, daß es Deutsche gibt, welche jene Erwartungen erfüllen, die nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus auf das deutsche Volk gesetzt wurden: den Weg zu einer friedlichen, demokratischen Nation zu finden.

### *Unsere Partei und die Nationale Front*

Unsere Initiative und unsere Beteiligung an dem Aufruf des Deutschen Volkskongresses zur Bildung der Nationalen Front steht in vollem Einklang mit den Beschlüssen unserer I. Parteikonferenz. In der Entschließung der Parteikonferenz heißt es ausdrücklich:

„Die flammende Empörung aller ehrlichen Deutschen über das Ruhrdiktat und das Besatzungsstatut muß zu einer breiten nationalen Protest- und Widerstandsbewegung entfaltet werden.“<sup>1</sup>

Mit der Anregung der Politik der Nationalen Front und mit der Beteiligung an ihr hat sich also unsere Partei kein neues politisches Ziel gesetzt, sondern lediglich die eingeleitete Politik folgerichtig fortentwickelt. In der gleichen Entschließung der Parteikonferenz heißt es auch:

<sup>1</sup> „Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 185.

„Mit aller Kraft gilt es, den Einfluß und die Autorität des Deutschen Volksrats zu stärken.“<sup>1</sup>

Es ist gut, wenn sich alle Parteimitglieder dieses Beschlusses erinnern und die entscheidende Bedeutung der Forderung nach der Bildung der Nationalen Front im Zusammenhang mit der notwendigen Stärkung des Einflusses des Deutschen Volksrates erkennen.

Unsere Stellungnahme als Sozialisten zur nationalen Frage ist in unseren grundlegenden theoretischen Schriften klar und eindeutig zu erkennen. Die Frage, ob und in welchem Umfange wir mit bürgerlichen Kräften zusammenarbeiten können, die sich nicht auf die für eine richtige deutsche Politik erforderlichen Grundbegriffe der Demokratie und des Antifaschismus festlegen wollen, darf für niemand zweifelhaft sein. Wenn es um die Frage der Nationalen Front, der Einheit und des Friedens geht, ist die Zusammenarbeit mit allen denen geboten, die in dieser Frage in der gleichen Zielsetzung mit uns zu gehen gewillt sind. Lenin schrieb in seinem „Brief an die amerikanischen Arbeiter“:

„...bevor die internationale Revolution ganz ausgeift war, da schwankte ich nicht im geringsten, mit den französischen Monarchisten ein gewisses ‚Übereinkommen‘ einzugehen... Das war das Muster eines ‚Übereinkommens‘, das jeder klassenbewußte Arbeiter billigen wird, eines Übereinkommens im Interesse des Sozialismus.“<sup>2</sup>

Nun, sowenig Lenin Anstoß daran nahm, im Interesse des Sozialismus mit französischen Monarchisten zusammen zu gehen, sowenig besteht für uns Marxisten ein Grund, nicht mit allen Menschen in Deutschland zur Lösung der nationalen Frage zusammen zu gehen. Sowenig wie wir aber geneigt sind, auch nur das geringste von unserer prinzipiellen Einstellung und Auffassung preiszugeben, sowenig verlangen wir von den anderen die Preisgabe ihrer Anschauungen. Wir wollen in der Nationalen Front unter Ausschaltung der prinzipiellen unterschiedlichen Auf-

<sup>1</sup> Ebenda, S. 186.

<sup>2</sup> W. I. Lenin, „Brief an die amerikanischen Arbeiter“, Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 7/8.

fassungen die nationalgesinnten Kreise Deutschlands in *den* Punkten zusammenschließen, in denen es eine Auseinandersetzung nicht zu geben braucht. Und das sind im Augenblick die nackten Lebensbedingungen der deutschen Nation. Ja, für die deutsche Arbeiterklasse, als der bedeutendsten gesellschaftlichen Kraft in Deutschland, besteht sogar die vaterländische Pflicht, die führende Rolle in der nationalen Frage zu übernehmen.

Es gibt kurzsichtige bürgerliche Menschen in Deutschland, die immer noch ihre geistigen Argumente aus einer alten Mottenkiste heraussuchen und die Stellungnahme der Sozialistischen Einheitspartei zur nationalen Frage als ein Manöver und als abgefeimte Taktik bezeichnen. Sie berufen sich dabei gern auf den Satz aus dem Kommunistischen Manifest:

„Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“<sup>1</sup>

Die deutsche Arbeiterklasse im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und den anderen werktätigen Schichten ist dabei, sich ihr Vaterland zu erobern. Jener aus dem „Kommunistischen Manifest“ zusammenhanglos zitierte Satz ist geschrieben zur Abwehr des Vorwurfes gegen die Kommunisten,

„sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen“<sup>2</sup>.

Wir haben es nicht nötig, unsere „Absichten zu verschleiern“, sondern können offen vor jedermann das „Kommunistische Manifest“, jene grandiose Geburtsurkunde der marxistischen Bewegung in allen Ländern, weiter zitieren:

„Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.“<sup>3</sup>

Die deutsche Arbeiterklasse steht heute da, wo sie „*sich selbst als Nation konstituieren muß*“. Wo wir in dieser Grundfrage

<sup>1</sup> Karl Marx/Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“; Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 40.

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Ebenda.

der Nation auf Gleichgesinnte stoßen, müssen wir ehrlich und offen das gemeinsame Stück Weges zusammen gehen. Wir stehen nicht außerhalb der Nation, sondern die deutsche Arbeiterklasse ist zum Träger des nationalen Gedankens geworden, und es gibt keine Kraft außer ihr, welche die nationale Aufgabe in Deutschland so entscheidend wie sie tragen und beeinflussen kann.

Man muß auch die Frage aufwerfen, ob die Arbeiterklasse in ganz Deutschland überhaupt zum Sozialismus kommen kann, ohne zuvor die nationale Frage zu lösen. Bei den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland ist es völlig klar, daß der Sozialismus in ganz Deutschland nicht möglich ist, ohne daß wir zunächst die nationale Frage der Einheit einer Lösung zuführen. Die Preisgabe des nationalen Kampfes würde nicht nur bedeuten, daß Deutschland gespalten bleibt, sondern sie würde auch zur Festigung der Herrschaft des amerikanischen Imperialismus in Westdeutschland führen und damit alle demokratischen und sozialistischen Bemühungen erschweren.

Die Arbeiterklasse hat das größte Interesse am Kampf gegen die Monopolkapitalisten des eigenen Landes, weil die Arbeiter die Ausbeutung am meisten fühlen. In der Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Imperialismus ist aber eine starke Ausweitung unserer Kampfesfront möglich, weil der amerikanische Imperialismus nicht nur den Arbeiter ausbeutet, sondern das ganze Volk, die ganze Nation zu Kolonialsklaven macht. Aus der Gemeinsamkeit nationaler Interessen heraus wird nicht nur die Arbeiterklasse, sondern werden breite Schichten des Bürgertums, der Intelligenz und der Bauern den Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus mit uns gemeinsam führen. Hierbei ist wichtig und entscheidend, daß unsere Partei in der Erfüllung der politischen Aufgaben dieser Nationalen Front mit größter Gewissenhaftigkeit und ruhigster Überlegung ausgerüstet ist, damit die Arbeiterklasse als führende Kraft im nationalen Kampf unseres Volkes die Leitung dieses Kampfes in ihren Händen behält. Die führende Rolle der Arbeiterklasse in der nationalen Frage muß schon deshalb deutlich in Erscheinung

treten, weil jede andere Entwicklung die Nationale Front in den Augen der anderen Völker als eine sehr zweischneidige Sache erscheinen lassen könnte. Eine Nationale Front in den Händen früherer Nationalisten müßte in den Augen der Völker immer als die Gefahr einer Aggression erscheinen. Die Nationale Front unter entscheidender Mitwirkung der Arbeiterklasse ist eine gegen jede neue Aggression und gegen neue Angriffsgelüste gerichtete Front, die Vertrauen und eine ernste politische Bewertung in der Welt beanspruchen kann. Hier zeigt sich, wie gerade aus nationalen Gründen die führende Rolle der Arbeiterklasse in der nationalen Politik Deutschlands herauszuarbeiten ist, um dieser Politik von vornherein in der Welt den größtmöglichen Kredit zu verschaffen.

### *Der Marxismus-Leninismus und die Unabhängigkeit der Nation*

Dem Marxismus-Leninismus ist Gleichgültigkeit oder Geringschätzung gegenüber den nationalen Lebensfragen eines Volkes völlig fremd. Der Kampf um Deutschlands Einheit und Unabhängigkeit, um einen gerechten Frieden und um den Abzug aller Besatzungstruppen ist von allen wirklich fortschrittlichen Aufgaben gegenwärtig die dringendste. Die Bemühungen des anglo-amerikanischen Imperialismus, durch eine verwirrende Demagogie die Völker von ihren nationalen Interessen abzulenken, erstrecken sich seit geraumer Zeit auf die Propagierung kosmopolitischer Wunschträume. Wenn es nicht die Forderung nach dem Weltstaat mit einer Weltregierung ist, so ist es mindestens das Verlangen nach einer Europaunion, die der imperialistischen Bourgeoisie dazu dient, die Völker vom Kampf gegen die imperialistische Ausbeutung abzuhalten. Dieselben Kreise, die im Gebrauch nationalistischer Schlagwörter bestens geübt waren, die stets in verlogener Weise an die „Pflicht zum Patriotismus“ und an „Vaterlandstreue“ zu erinnern wußten, die selbst aber ihre privaten Sonderinteressen stets über das Wohl der Nation stellten, sind heute die schamlosesten Handlanger des ausländischen Mo-

nopolkapitals. Wenn sie „Vaterland“ sagen, meinen sie Profit, wenn sie „Nation“ sagen, meinen sie ihren Geldsack. Sie stehen dem Kampf um die deutsche Einheit fern und tragen nach Kräften dazu bei, das Geschwätz über Weltbürgertum und über Europaunion zu kolportieren. Jetzt, wo der anglo-amerikanische Imperialismus sich weitere Gebiete und Völker unterwerfen will, wird die nationale Souveränität der Völker als überlebt und die nationale Kultur als veraltet bezeichnet. Die Helfershelfer der Monopolherren, wie beispielsweise Dr. Schumacher, erklären unverfroren, daß nicht das einheitliche Deutschland, sondern die Europaunion die staatspolitische Aufgabe der Gegenwart sei. Hinter diesem Europaunion-Geschwätz verbirgt sich die Absicht des amerikanischen Imperialismus, seine Weltherrschaft aufzurichten und die ihm entgegenstehenden nationalen Kräfte zu schwächen und aufzulösen. Vom Marxismus-Leninismus ist die Unabhängigkeit der Nation niemals als ein überholter oder dem Proletariat gleichgültiger Standpunkt bezeichnet worden.

Die Unabhängigkeit selbst der kleinsten Nation ist vom Marxismus-Leninismus stets anerkannt und respektiert worden. Die Sowjetunion ist hierfür ein leuchtendes Beispiel. Im Rahmen des sowjetischen Staatenbundes ist auch den kleinsten Völkern die völlige Entfaltung ihres nationalen Lebens ermöglicht worden. Anlässlich der Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages zwischen der Sowjetunion und Finnland erklärte Stalin am 7. April 1948:

„Die Sowjetmenschen sind der Ansicht, daß jede Nation, ob groß oder klein, ihre qualitativen Besonderheiten besitzt, ihre Eigenart, die nur ihr gehört und die andere Nationen nicht besitzen. Diese Besonderheiten sind jener Beitrag, den jede Nation zum gemeinsamen Schatz der Weltkultur leistet und mit dem sie ihn ergänzt, ihn bereichert.“<sup>1</sup>

Die Anerkennung der nationalen Freiheit der Völker steht nicht in Widerspruch zum internationalen Bekenntnis. Wahre Vertretung der nationalen Interessen und echter Internationalismus bilden eine unzertrennliche Einheit. Die Wahrung der natio-

<sup>1</sup> J. Stalin, „Rede auf dem Diner zu Ehren der finnischen Regierungsdelegation“; „Neue Welt“, 3. Jahrgang, Heft 8, 1948.

nationalen Interessen wird immer identisch sein mit der Bekämpfung nationalistischer Tiraden und des Chauvinismus, der die Völker in die furchtbarsten Katastrophen der Geschichte geführt hat. Die Wahrung der nationalen Interessen ermöglicht eine echte internationale Politik des Friedens und aufrichtiger Freundschaft, wie sie die Länder der Volksdemokratie heute trotz mancher alter Gegensätze mit so großem Erfolg betreiben. Hier zeigt es sich, wie aus der Gemeinsamkeit der Zielsetzung, nämlich der Beendigung des Zustandes jeglicher Ausbeutung und der dauerhaften Sicherung einer friedlichen Entwicklung, die Möglichkeit zu einer freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern erwächst.

Kosmopolitismus, das ist ein Versuch zur Verwirrung des nationalen Kampfes gegen den Imperialismus. Es ist aber auch ein Zeichen der Schwäche der imperialistischen Mächte. Mit den antibolschewistischen Hetzparolen allein können sie ihre dunklen Pläne nicht mehr sichern. Daher soll den Völkern, die vom amerikanischen Imperialismus umgarnt werden, das nationale Interesse ausgeredet werden. Man will diese Völker von ihrem nationalen Freiheitskampf ablenken. Das deutsche Volk wird auf dieses Ablenkungsmanöver nicht hereinkommen. Es wird dem amerikanischen Imperialismus auch nichts nutzen, daß er die sozialdemokratische Parteiführung in den Dienst seiner Interessen gestellt hat. Dr. Schumacher, der Vater des Besatzungsstatuts, propagiert die Europaunion und tritt damit dem nationalen Freiheitskampf unseres Volkes entgegen. Wir aber werden in der Nationalen Front den Kampf führen für die Einheit Deutschlands und für einen gerechten Frieden als Voraussetzungen für eine bessere Zukunft unseres ganzen Volkes.



## Ein Jahr auf dem Wege zu einer Partei neuen Typus

*17. Juli 1949*

Die kritische Bewertung der Politik der kommunistischen Parteiführung Jugoslawiens im Kommuniqué des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien vom Juni 1948 war für die internationale Arbeiterbewegung von großer Bedeutung. Für die Leitung unserer Partei war das Kommuniqué der Anlaß, die Lage und die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands kritisch und selbstkritisch zu betrachten. Die vom Parteivorstand gezogenen Schlußfolgerungen bestanden darin, die Entwicklung zur Partei neuen Typus zu beschleunigen. Die Beschlüsse der 11., 12. und 13. Tagung des Parteivorstandes im Sommer vorigen Jahres, die sich mit der Durchführung des Zweijahrplans, mit dem Kommuniqué des Informationsbüros und mit den Lehren der Novemberrevolution befaßten, führten in den Reihen der Partei zu weit- und tiefgehenden Diskussionen und einer bedeutsamen ideologischen Klärung.

Die ständige Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland ist eine unbestreitbare Tatsache. Das in- und ausländische Monopolkapital richtet seine Angriffe immer stärker gegen den Aufbau einer demokratischen Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone und widersetzt sich allen Bemühungen, die der Wiederherstellung der deutschen Einheit und der Herbeiführung eines Friedensvertrages dienen. Die Rücksichtslosigkeit und Verlogenheit der Monopolkapitalisten zwangen zu der Erkenntnis, daß der proletarische Klassenkampf nur unter der Führung einer Partei erfolgreich sein kann, die von den marxistisch-

leninistischen Lehren ausgeht und ideologisch und organisatorisch eine fest gefügte, aber jederzeit bewegliche Einheit bildet. Wir müssen uns heute fragen, ob die Beschlüsse des Parteivorstandes und der Parteikonferenz schon zu einem befriedigenden Stand der Entwicklung unserer Parteiarbeit geführt haben. Es hat natürlich niemand erwarten können, daß die Beschlüsse des Parteivorstandes und der Parteikonferenz automatisch oder von heute auf morgen den ideologischen und organisatorischen Zustand unserer Partei verändern würden. Eine solche Veränderung konnte nur das Ergebnis systematischer Erziehungsarbeit sein. Wir haben diese Erziehungsarbeit vor einem Jahre eingeleitet und können feststellen, daß große Fortschritte in der ideologischen und organisatorischen Entwicklung unserer Partei gemacht worden sind.

Die Mitglieder der Partei haben sich mit den Lehren der Novemberrevolution und mit dem wegweisenden Kommuniqué des Informbüros beschäftigt. Das Studium der Geschichte der KPdSU(B) wurde verstärkt und ein immer größer werdender Kreis der Mitglieder auf ein höheres politisches Niveau gehoben. Die Frage des Bündnisses mit der Bauernschaft und die Bedeutung der Betriebsgruppenarbeit werden bereits besser verstanden und beachtet. Die Mitglieder erkennen heute die führende Rolle der Sowjetunion im Kampf gegen den Imperialismus und die überragende Bedeutung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in der internationalen Arbeiterbewegung. Sie wissen, daß eine demokratische Entwicklung Deutschlands nur im engsten Anschluß an die Sowjetunion möglich ist. Weit über die Reihen unserer Mitglieder hinaus wächst die Erkenntnis, daß die friedliche, fortschrittliche und demokratische Entwicklung in Deutschland auf das engste mit der Friedenspolitik der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie verknüpft ist.

Dennoch dürfen wir nicht davon ausgehen, daß die im Verlauf eines Jahres geleistete ideologische und organisatorische Arbeit alle Schwächen und Mängel bereits überwunden hätte. Schwächen und Mängel zeigen sich noch überall. Weil wir unsere Schwächen und Mängel ganz offen vor aller Welt kritisch behandeln – nur

wer stark ist, kann das —, faseln unsere Gegner täglich von der angeblichen Krise in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und ihrem unvermeidlichen Zusammenbruch. Die ständige Ausscheidung von Krankheitskeimen ist für sie nicht der Schritt zur Gesundung, sondern zum Tod. Sie betrügen sich selbst, um sich zu trösten. Es wird der Tag kommen, an dem sie einsehen, daß sie falsch spekuliert haben. Die ideologische Erziehung unserer Partei im marxistisch-leninistischen Geist und die Schaffung organisatorischer Voraussetzungen für eine revolutionäre Kampfpartei ist kein einmaliger Beschlußakt, sondern eine bleibende, sich täglich erneuernde Aufgabe. Ihre Lösung muß immer wieder im Zusammenhang mit den Aufgaben der Gegenwart und der Zielsetzung der Partei gesucht werden, wobei Kritik und Selbstkritik ein untrüglicher Gradmesser dafür sein werden, ob wir dieser Aufgabe gewachsen sind.

Kritik und Selbstkritik, das ist eine Besonderheit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, die sie vor allen anderen Weltanschauungen auszeichnet. Diese welthistorische Besonderheit des Marxismus-Leninismus gibt uns die Möglichkeit, sofern wir es nur lernen, die Kritik und Selbstkritik zur Grundlage unserer Parteilarbeit zu machen, in der richtigen Stunde die richtige Entscheidung zu treffen. Sie ermöglicht es uns, Schwächen des Gegners auszunutzen und setzt uns in den Stand, eigene Schwächen zu überwinden. Sie hilft uns, die Tätigkeit der Partei in ihrer revolutionären Unversöhnlichkeit mit einem Höchstmaß an Elastizität und Manövrierfähigkeit zu verbinden.

Kritik und Selbstkritik, das ist der Prüfstein der Bewährung für jeden von uns. Betrachten wir die Fülle der vor uns liegenden Aufgaben und Probleme im Verhältnis zu den verfügbaren Parteikadern, dann erkennen wir sofort, daß der Mangel an geeigneten Kräften große Schwierigkeiten ergibt, und wir verstehen, daß nur durch intensivste Arbeit aller Genossen an sich selbst diesem Mangel abgeholfen werden kann. Die Fülle und die Größe der zu bewältigenden Aufgaben verpflichten jedes Mitglied unserer Partei zur Entfaltung seiner Kräfte, zum Selbststudium und zur

aktiven Mitarbeit. Nur unsere eigene Aktivität wird die Trägheit und die verlogene, brüchige und faule Ideologie des Klassengegners überwinden, die antifaschistisch-demokratische Ordnung der Ostzone festigen und weiterentwickeln.

Die Erfüllung des Zweijahrplans gehört zu den entscheidenden Aufgaben unserer Partei. Die weitere Steigerung der Produktivität tritt als Kernproblem hervor und führt über die Aktivistenbewegung und den Wettbewerb zu neuen Arbeitsmethoden. Unserer zielbewußten und ernsthaften Arbeit um ein besseres Leben stellt sich die Wühlarbeit des Klassengegners entgegen. Der monopolkapitalistische Interessentenkreis und andere privatkapitalistische Interessenten wollen unsere Aufbauarbeit stören und den Fortschritt verhindern. Das führt zur Wirtschaftssabotage, die wir abwehren und zu Erscheinungen von Passivität, die wir überwinden müssen. Noch ist es nicht völlig gelungen, in allen Bevölkerungsschichten das ideologische Verständnis für Planerfüllung und Produktionssteigerung zu wecken. Hier ist der Partei noch eine große Aufgabe gestellt.

Die Aufbauarbeit der Ostzone vollzieht sich Schritt für Schritt. Sprünge konnten wir bisher nicht machen, und wir werden auch in Zukunft keine machen können. Die Verwüstungen und schädlichen Auswirkungen der nationalsozialistischen Politik machen sich noch überall bemerkbar und werden uns, trotz aller bisher erreichten Verbesserungen in der Lebenshaltung, noch lange Zeit Beschränkungen auferlegen. Wir können den Weg des Aufbaus aber abkürzen, ihn schneller und leichter zurücklegen, wenn sich die Kräfte der Arbeiterklasse in ganz Deutschland in einer marxistisch-leninistischen Partei vereinigen. Die verräterische Rolle reformistischer sozialdemokratischer Parteiführer ist trotz des völligen Bankrotts ihrer opportunistischen Politik noch nicht ausgespielt. Die Politik der Schumacher, Ollenhauer, Kriedemann, Heine usw. ist für die Herbeiführung einer demokratischen Entwicklung in ganz Deutschland und insbesondere für den Kampf um die Einheit von tragischer Bedeutung. Die westdeutschen sozialdemokratischen Arbeiter würden die Bereitschaft, der Be-

trugspolitik Dr. Schumachers zu folgen, unvermeidlich mit neuen schmerzlichen Erfahrungen bezahlen. Je größer diese Anhängerschaft ist, desto größer werden die Enttäuschungen sein.

Aber alle, die sich gegen das anglo-amerikanische Monopolkapital stellen, die es ablehnen, den Bonner Spaltungspolitikern weitere Gefolgschaft zu leisten, müssen uns als Helfer in dem Kampf um eine friedliche und demokratische Zukunft eines einheitlichen Deutschlands willkommen sein. Die in unserer Partei geführte Diskussion über die Bildung der Nationalen Front gegen das anglo-amerikanische Monopolkapital zeigt uns, daß es noch viele falsche Vorstellungen über die Methoden unseres Kampfes gibt. Die nationale Widerstandsbewegung des deutschen Volkes ist von unserer Partei eingeleitet worden und wird weiter entwickelt werden. In dieser nationalen Widerstandsbewegung muß sich die führende Kraft unserer Partei bewähren. Aus der demokratischen und friedlichen Zielsetzung der Nationalen Front ergibt sich die Möglichkeit, im Bunde mit den friedliebenden Kräften der ganzen Welt, die Kriegslüsternheit des anglo-amerikanischen Monopolkapitals abzuwehren. Deshalb kann bei der Erörterung der Frage der Nationalen Front auch nicht zur Debatte stehen ob, sondern wie die Mitglieder unserer Partei ihre positive Mitarbeit in der Nationalen Front gestalten.

Die großen Aufgaben unserer Politik zwingen uns heute auch zu einer kritischen Betrachtung des sozialen Gesichtes unserer Partei und zu einer Überprüfung unserer Werbetätigkeit, die in der gegenwärtigen Situation nur dann ihren Zweck erfüllt, wenn sie zur ständigen Verstärkung der Parteikader führt. Die überragende Bedeutung der volkseigenen Betriebswirtschaft, der volkseigenen Güter und der bäuerlichen Landwirtschaft zwingt uns, qualifizierte Industrie- und Landarbeiter sowie Bauern für die Partei zu gewinnen. Der Kreis der Aktivisten muß immer wieder daraufhin überprüft werden, ob die Partei hier neue aktive Kräfte gewinnen kann. Auch die Gruppe der technischen Intelligenz, die für die Entfaltung der Wirtschaft von großer Bedeutung ist, muß systematisch und sorgfältig auf die Gewinnung von Parteimit-

arbeitern geprüft werden. Differenzierte und qualifizierte Werbung ist eine der zu lösenden Aufgaben.

Das Kandidatensystem hat oft eine mißverständliche Aufnahme gefunden. Dieses System als Strafmittel zu verwenden ist töricht und falsch. Eine derartige Praxis gefährdet die Werbearbeit der Partei überhaupt und wird keineswegs dazu beitragen, Schwächen zu überwinden. Schwächen überwindet man nicht durch diktatorische oder polizeiliche Maßnahmen, sondern durch kameradschaftliche Aussprache und Erziehung. Die erzieherische Arbeit muß immer in erster Linie eine ideologische und nicht eine organisatorische sein. Das Kandidatensystem zwingt zu besonderer ideologischer Schulung der Kandidaten und der Überprüfung der Ernsthaftigkeit ihrer politischen Arbeit. Wir erlangen mit diesem System die Möglichkeit zur sozialen Lenkung der Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft, sichern damit den Charakter unserer Partei als Partei der Arbeiterklasse und schaffen für die Zukunft durch erhöhte politische Einsicht des einzelnen eine erhöhte Kampfkraft der Partei.

Wir haben mit den Beschlüssen der 11., 12. und 13. Parteivorstandstagung und der Parteikonferenz einige wichtige Schritte zur Entwicklung der Partei neuen Typus getan. Viel intensives Leben haben diese Beschlüsse in der Partei ausgelöst. Unklarheiten und Schwächen werden durch Kritik und Selbstkritik täglich aufgedeckt und beseitigt. Die Partei kräftigt sich und erhält ein festeres Gefüge. Dieser Entwicklungsprozeß muß weiter fortgeführt werden.

## Es geht um die Nation

26. Juli 1949

Nach anderthalbjähriger Unterbrechung fanden sich die vier Außenminister der Alliierten in Paris wieder an einem Verhandlungstisch zusammen, um gemeinsam über eine Lösung des Deutschlandproblems zu beraten. In einer vergifteten Atmosphäre ohnegleichen begannen sie ihre Verhandlungen, denen das Scheitern als unvermeidlich vorausgesagt wurde. Wenn es auf dieser Tagung nicht möglich war, eine Einigung über die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands zu erzielen, so ist aber ein bestimmter Fortschritt sichtbar geworden.

Die westlichen Alliierten richten unter Führung der amerikanischen Imperialisten ihre Politik auf die finanzielle, wirtschaftliche und politische Versklavung und Kolonisierung des deutschen Volkes und auf die Zerreißung des deutschen Staatsgebietes. Der politische Kurs geht eindeutig auf die Zerreißung Deutschlands durch die Bildung eines separaten Weststaates, auf die Verwandlung Westdeutschlands in ein strategisches Aufmarschgebiet der USA, auf die Schaffung eines neuen imperialistischen Rüstungszentrums an der Ruhr und die Eingliederung Deutschlands in einen westeuropäischen Staatenbund mit der kriegerischen Stoßrichtung gegen die Sowjetunion. Die Mittel zur Durchführung dieser Unterjochungspolitik sind das Besatzungsstatut, das Ruhrstatut, die Bonner Scheinverfassung und der Atlantikpakt. Begleitet war diese Politik in all diesen Monaten von einem hysterischen Kriegsgeschrei unter dem Vorwand, es sei

unmöglich, mit der Sowjetunion zu erfolgreichen Verhandlungen zu kommen.

In Paris versuchten die Westmächte die Sowjetunion zur Anerkennung der unter Verletzung des Potsdamer Abkommens geschaffenen Verhältnisse zu zwingen. Das in den Potsdamer Bedingungen festgelegte Prinzip der Übereinstimmung aller vier Alliierten sollte durch das Recht der einfachen Mehrheitsabstimmung ersetzt werden, damit die Sowjetunion durch diktatorische Maßnahmen der Westmächte vor vollendete Tatsachen gestellt werden konnte.

Die Westmächte wollen die Institutionen des separaten Weststaates auf die Ostzone übertragen und damit angeblich die Grundlage für die deutsche Einheit schaffen. Dabei ist es klar, daß die Anerkennung der Bonner Verfassung für das deutsche Volk den Verzicht auf seine staatliche und wirtschaftliche Einheit bedeuten würde; denn die Bonner Verfassung zerschlägt die Einheit Deutschlands und vernichtet seine Souveränität. Darüber hinaus wäre die Anerkennung des Besatzungsstatuts gleichbedeutend mit der Zustimmung zu einer unbegrenzten Besatzungsdauer und dem Verzicht auf die Schaffung eines Friedensvertrages.

Die Angliederung der sowjetischen Besatzungszone an die Bizone oder die Trizone, das heißt an das System monopolkapitalistischer und imperialistischer Kolonialpolitik, kann das deutsche Elend nicht vermindern, sondern nur noch vergrößern. Wir müssen eine politische und wirtschaftliche Basis für ganz Deutschland entwickeln, die den Potsdamer Beschlüssen entspricht, die wirtschaftlichen Zonengrenzen beseitigt, eine zentrale Regierung ermöglicht, Deutschland demokratisiert, seine Friedenswirtschaft mobilisiert und die Initiative des deutschen Volkes unter eigener Verantwortung wieder entwickelt. Seit London ist es jedem denkenden Menschen in Deutschland klargeworden, was die Berufung der Sowjetunion auf die Potsdamer Beschlüsse für uns als Deutsche bedeutet: Vertretung der deutschen Interessen auf dem Boden der internationalen Politik, Anerkennung der staatlichen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands,



die Schaffung eines Friedensvertrages, die Zurückziehung aller Besatzungstruppen und die Lebensmöglichkeit für die deutsche Nation.

Es hat sich gezeigt, daß der Versuch, internationale Fragen ohne Beteiligung der Sowjetunion zu lösen, zum Scheitern verurteilt ist. Von diesem Standpunkt aus hat sich eindeutig gezeigt, daß die Einberufung der Außenministerkonferenz im Grunde genommen ein Schlag gegen die Kriegstreiber und gegen die Spaltungspolitiker war. Die Pariser Tagung bereitete den Organisatoren und Strategen des kalten Krieges eine schwere Niederlage. Unter dem Druck der demokratischen Siege in China und in Griechenland, unter dem Druck der Krisenerscheinungen in den imperialistischen Ländern und nicht zuletzt unter dem Druck der auf den Weltfriedenskongressen in Paris und Prag vertretenen 600 Millionen Menschen mußten die Westmächte, die 1947 in London die gemeinsamen Verhandlungen gesprengt hatten, an den Verhandlungstisch in Paris zurückkehren. *Friedliebende Völker sind stärker als Kriegshetzer*. Diese Erkenntnis ist von wirklich geschichtlicher Bedeutung; sie muß darum auch für die Entwicklung der politischen Initiative durch uns Deutsche von außerordentlicher Bedeutung sein.

Wir wissen, daß auch die Krisenerscheinungen in Amerika ihren Einfluß auf das Zustandekommen der Pariser Außenministerkonferenz gehabt haben. Richten wir nur einen Augenblick unsere Überlegungen auf Amerika, dann stehen wir vor jenen statistischen Feststellungen, die zeigen, daß sich in Amerika gegenwärtig nahezu 4 Millionen Arbeitslose und 8,4 Millionen Kurzarbeiter befinden; dann sehen wir, daß das bedrohliche Anwachsen der Konkurse und Wechselproteste, die sinkenden Rohstoffpreise und Börsenkurse, die steigenden Warenvorräte und ein empfindlicher Produktionsrückgang in der gesamten Industrie die Voraussetzungen für die gegenwärtige Entwicklung der amerikanischen Handelspolitik ausgelöst haben. Durch die Forcierung des Exports sucht man dem drohenden Abgrund einer Überproduktionskrise zu entgehen.